

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6 a und 6 b sowie Zusatzpunkt 7 auf:

- 6 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ludwig Stiegler, Dr. Rainer Wend, Dr. Angelica Schwall-Düren, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Das Nationale Reformprogramm Deutschland und die Lissabon-Strategie weiterführen – Wirtschaftswachstum und Beschäftigungspolitik zum Erfolg führen

– Drucksache 16/2629 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Auswärtiger Ausschuss

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt

- (A) Finanzausschuss
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Nationales Reformprogramm Deutschland 2005 bis 2008**Umsetzungs- und Fortschrittsbericht 2006**

– Drucksache 16/2467 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Matthias Berninger, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Mehr Ehrgeiz bei der Erreichung der Lissabon-Ziele

- (B) – Drucksache 16/2622 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lissabonstrategie ist ein **ehrgeiziges Reform- und Wachstumsprogramm**. Die Fragen lauten: Was tun wir? Was tut Europa? Was können wir im internationalen Kontext gemeinsam tun, damit das Ganze nicht zu einer wirkungslosen Beschäftigung mit sich selbst wird? Alle von uns eingeleiteten Reformen und Einzelmaßnahmen haben ein großes Ziel: mehr Wachstum und Beschäftigung auch in Europa.

(C) Wir in Deutschland gehen voran. Wir sanieren die öffentlichen Finanzen und die sozialen Sicherungssysteme. Die Haushaltskonsolidierung wird dabei überwiegend von Kürzungen auf der Ausgabenseite und dem Abbau von Steuervergünstigungen getragen, so wie es von allen Seiten ständig gefordert wird. Anders als prognostiziert warten wir nicht, bis uns das Wasser bis zum Hals steht. Vielmehr handeln wir rechtzeitig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir nutzen den Aufschwung und kommen wegen konjunkturbedingter Mehreinnahmen schneller voran als erwartet. Davon werden auch die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler durch sinkende Abgaben profitieren. Wir sehen zurzeit nicht nur eine bessere Konjunktur, sondern auch dauerhafte Wachstumsperspektiven. Das haben wir uns immer gewünscht. Das Prognosespektrum für die Konjunktur geht nach oben. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, der nahe am Puls der Bevölkerung ist, spricht bereits von einem Wachstum in Höhe von 2,5 Prozent in diesem Jahr. Für 2007 gibt es erste Wachstumserwartungen, die bis zu 1,7 Prozent reichen. Davon geht beispielsweise das RWI Essen aus. Das heißt, die geplante Mehrwertsteuererhöhung, die wir wegen der finanziellen Konsolidierung leider vornehmen müssen, wird das Wachstum nicht zerstören. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D) Vor allen Dingen ist es eine gute Nachricht, dass die Unternehmungen in Deutschland zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, und zwar auch im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Bundesregierung investiert in starkem Maße zusätzlich in Forschung und Entwicklung; darüber haben wir in diesem Haus gerade debattiert. Ich finde, es ist richtig, dass wir als stärkstes Land in der Mitte Europas vorangehen und bei dem, was wir im Jahr 2000 in Lissabon gemeinsam beschlossen haben, eine Vorbildfunktion für andere europäische Länder übernehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Energiepolitik gibt – das wird ein wichtiges Thema unserer europäischen Ratspräsidentschaft sein – Antworten auf europäische und **globale Fragen der Energieversorgung**. Bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2007 werden wir ein energiepolitisches Gesamtkonzept entwickeln. Dazu gehört vor allen Dingen die Erhöhung der Kraftwerkskapazitäten. Wir lassen uns hier nicht durch Drohungen einschüchtern nach dem Motto „Wenn ihr diese oder jene Maßnahme ergreift, dann bauen wir nicht“. Das nehmen wir nicht allzu ernst; denn dann werden andere dies übernehmen. Wir werden zudem darauf achten, dass der europäische Energiemarkt besser funktioniert als bislang. Ich halte das für eine wesentliche Aufgabe unserer Ratspräsidentschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundesminister Michael Glos

- (A) Ich bin dafür, dass wir an der strikten Regulierung der Netze festhalten, so wie es beschlossen ist und die Bundesnetzagentur ausführt. Ich bin allerdings gegen eine Verstaatlichung der Netze. Die Diskussion darüber bringt uns nicht weiter. Ich meine, dass eine Verschärfung der Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Energieunternehmen ein wichtiges Thema ist, mit dem wir uns beschäftigen sollten. Ich werde deswegen eine Kartellgesetznovelle auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Europa hat beim Thema Wachstum und Beschäftigung zwei Gesichter. Bei der Öffnung der Märkte und der Sorge um industrielle und private Verbraucher ist die **Kommission** Treiber und Überwinder nationaler Widerstände. Aber jede Medaille hat zwei Seiten. Auf der anderen Seite ist die Kommission für viel bürokratischen Wildwuchs verantwortlich. Insbesondere diesen möchte ich in der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft auf Korn nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein wesentlicher Beitrag aus Brüssel bestünde bereits darin, die zunehmenden Eingriffe in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten zu beenden, vor allen Dingen bei vielen kleinen Dingen. Besonders ärgerlich ist die Tendenz der Kommission, verstärkt in die Verwaltungsstrukturen der Mitgliedstaaten einzugreifen; das sorgt nur für Ärger. Wir lehnen dies ab. Nun soll es noch mehr EU-Kommissare und -Behörden geben. Diese halten die Menschen von Europa in mentaler Hinsicht oft nur ab; denn vieles, was sie tun, verärgert die Menschen. Die EU sollte sich vielmehr im Rahmen des Lissabonprozesses auf ihre originären Zuständigkeiten besinnen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Verehrter Herr Kollege Brüderle, Sie sprechen nach mir. Ich weiß nicht, was Sie sagen werden. Ich nehme an, wir sind uns in einem einig. Ich bin überzeugt, dass wir beide nichts davon halten, dass man auf Etiketten von Weinflaschen drucken soll, dass Weintrinken der Gesundheit schadet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin der Meinung, dass Wein – in Maßen genossen – im Gegenteil die Gesundheit fördert.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das ist nicht nur ein Beispiel von parteiübergreifendem Konsens in diesem Haus, sondern auch ein Beispiel dafür, welche Verrücktheiten sich die EU-Kommission und bestimmte Kommissarinnen und Kommissare einfallen lassen.

(Martin Zeil [FDP]: Die Weinbergstrategie statt der Lissabonstrategie!)

Deswegen werden wir neue Regelungen auf ihren europäischen und nationalen Mehrwert hin prüfen. Ich kann zum Beispiel in einer solchen Maßnahme keinen Mehrwert erkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(C) Trotz allen Ärgers – Mehrwert entsteht, wenn wir den Binnenmarkt weiter vertiefen. Die deutschen Unternehmen wickeln über 60 Prozent ihres Exports im europäischen Raum ab. Deswegen müssen verbliebene **Handelshemmnisse** abgebaut werden. Auch bessere Rechtsetzung ist ein zentrales Thema. Wir müssen bei neuen Überlegungen Bürokratie durch Rechtsfolgenabschätzung vermeiden. Wir müssen Bürokratie zurücknehmen, wo es überflüssig gewordene Vorschläge gibt. Es ist noch sehr viel in der Pipeline, was früher abgeknickt worden ist und jetzt zur Umsetzung ansteht. Hier müssen wir vermeiden, immer noch draufzusatteln und damit zusätzlichen Ärger zu verursachen. Ich könnte Beispiele bringen, aber ich lasse sie wegen der Redezeit und wegen des Friedens in der Koalition weg. Vor allen Dingen müssen wir manche bestehenden Rechtsnormen abschaffen, die kaum jemand braucht. Davon gibt es genug. Die Kommission wäre gut beraten, wenn sie auch das auf den Tisch legen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(D) Auf europäischer Ebene brauchen wir bestmögliche Rahmenbedingungen für eine gesunde, international starke Industrie. Richtig verstandene **Industriepolitik** kann dazu beitragen. Ich bringe ein Beispiel. Es sind die Ergebnisse, die auf dem Automobilsektor mit der Initiative CARS 21 auf den Weg gebracht worden sind. Hier geht es darum, längerfristig Abgasnormen und andere Standards zu entwickeln, an die sich die europäische Industrie halten muss. Wir wollen während unserer Präsidentschaft auch bei der Raumfahrt, bei der Informations- und Kommunikationstechnologie und beim Maschinenbau ein Stück vorankommen.

Die europäische Gemeinschaft, die Gemeinschaft der europäischen Völker, unsere Kultur- und Wertegemeinschaft, wenn man so will, muss sich international behaupten können. Auch das ist ein Ziel, das wir in unserer Präsidentschaft verwirklichen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir lesen viel – Untergangspropheten haben eine besonders gute Konjunktur in manchen Zeitungen – über auf- und absteigende Wirtschaftsräume. Der unbefangene Bürger muss denken, China und Indien seien inzwischen Musterländer der Produktivität und des Wohlstands. Ich kann nur sagen: Man muss sich das alles einmal genau anschauen. Hier gibt es differenzierte Entwicklungen. Aus jeder Statistik das herauszusuchen, was einem besonders gut oder schlecht gefällt, und uns möglicherweise Ghana als Vorbild hinzustellen, trägt nicht zur Glaubwürdigkeit bei.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das soll nicht heißen, dass wir uns zufrieden zurücklehnen können und nichts mehr zu tun brauchen, sondern das soll heißen, dass wir in Europa genügend Kraft und Selbstbewusstsein haben, um uns in der Welt behaupten zu können, wenn wir zusammen die Stärken, die in Europa vorhanden sind, nutzen. Dafür, dass wir zwangsläufig absteigen müssen, gibt es weder historische noch

Bundesminister Michael Glos

- (A) wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten. Wir entscheiden durch unsere Leistung und durch unseren Ehrgeiz über unsere Möglichkeiten.

Der Schlüssel zur Gestaltung der Globalisierung, die uns sehr beschäftigt, ist die Europäische Union. Nur gemeinsam bringen wir das notwendige Gewicht dafür auf. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Handelshemmnisse in der Welt abgebaut werden. In der **Doha-Runde** gibt es leider im Moment einen Stillstand. Der multilaterale Ansatz des Abbaus der Handelshemmnisse muss erhalten bleiben. Peter Mandelson war diese Woche wieder bei mir. Ich habe ihn aufgefordert, gemeinsam mit uns die Zwischenzeit zu nutzen, um bilaterale Handelsabkommen auf den Weg zu bringen. Aber das soll nicht heißen, dass wir von der multilateralen Lösung Abschied nehmen wollen. Ich hoffe, dass die Runde wieder in Gang kommt.

Wir können uns auch überlegen, möglicherweise stärker mit dem amerikanischen Wirtschaftsraum zu kooperieren; aber das ersetzt nicht alles. Das Richtige ist, multilateral im Rahmen der WTO zu handeln.

Es gibt vieles, was wir nur gemeinsam durchsetzen können. Ich nenne den Schutz des geistigen Eigentums. Ich war letzte Woche sehr lang mit dem Ministerpräsidenten Wen Jiabao zusammen. Die Chinesen sehen ein, dass das notwendig ist; sie sagen es zumindest. Aber es muss dort natürlich auch umgesetzt werden. Das ist etwas, was wir nicht allein erreichen können, was wir nur im Rahmen der WTO und im Rahmen Europas lösen können.

- (B) Wir müssen natürlich auch alle kriminellen Machenschaften auf unserem Gebiet bekämpfen. Dabei hilft zum Beispiel der Finanzminister mit seinen Zollbehörden.

Wir wollen unsere europäische Reformagenda entschlossen nutzen und werden Zeichen setzen, wie wir Europa gemeinsam nach vorn bringen – zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger Europas und zum Nutzen der Deutschen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat uns einen Tätigkeitsbericht vorgelegt. Das will ich nicht kritisieren. Sich über seine Tätigkeiten klar zu werden, kann nie falsch sein. Angesichts der Koalitionsstreitereien an allen wesentlichen Reformbaustellen beschränkt sich vieles auf allgemeine **Absichtserklärungen**. Manchmal wird ein Thema nur angerissen, werden nur Schlagwörter genannt, ohne eine

Idee dazu, wie ein Problem gelöst werden soll. Bei allen wirklich wichtigen Reformbaustellen bleibt Ihr Bericht nebulös; manches ist schon wieder Makulatur. Von Umsetzung und Fortschritt ist in diesem Umsetzungs- und Fortschrittsbericht an vielen Stellen nichts zu sehen. (C)

Es ist höchste Zeit, das hinter dem Bericht der Bundesregierung stehende Konzept kritisch zu beleuchten:

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist denn da eines?)

die Lissabonstrategie.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach so!)

Darüber müssen wir an dieser Stelle sprechen. Es hört sich zunächst einmal sehr gut an, dass sich die EU zum Ziel gesetzt hat, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Dagegen hat selbstverständlich niemand etwas. Entscheidend sind aber die Mittel, die zu diesem Ziel führen sollen.

Was die europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon beschlossen haben, lässt ganz offensichtlich weite Interpretationsspielräume. Das ist auch an den heute zur Debatte stehenden Anträgen zu erkennen. Man kann die Lissabonstrategie als ein Programm zur Umstrukturierung der EU verstehen, als ein Programm zu mehr Flexibilisierung, zu mehr Freiheit im Binnenmarkt. Das wären hehre Ziele. Dann kann man über einzelne Unterpunkte, Mittel und Maßnahmen trefflich streiten. Man kann den Lissabonprozess aber auch als **zentralistischen Aktionismus** verstehen, als einen Versuch, die Wirtschaft mit Zielvorgaben zu lenken, als Beitrag zu der Idee, dass man Wachstum zentral planen kann. Die Lissabonstrategie enthält zahllose verpflichtende Leitlinien, zahllose Zielvorgaben, zum Teil auch in sich widersprüchliche Ziele. Ich erinnere etwa an den Kok-Bericht, der nach fünf Jahren eine Zwischenbilanz gezogen hat. (D)

Die Aktionspläne anderer EU-Länder sind ebenso vage wie die der Bundesregierung. Das zeigt: Die Pläne haben in Wahrheit keine politische Bedeutung. Mit Fortschrittsberichten wird kein Wachstum erzeugt. Es kann nicht vorrangige Aufgabe der Politik sein, Beschäftigungsquoten zu definieren, sie dann einzuhalten oder zu verfehlen. Ziel muss sein, unser Land besser, lebenswerter, wohlhabender zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Das Ziel ist dann erreicht, wenn diejenigen, die arbeiten wollen, auch eine Arbeitsstelle finden. Ich warne davor, zu sehr auf die Quoten zu schauen.

Von Anfang an wurde die Lissabonagenda von politischen Zielsetzungen bestimmt, die das ökonomisch Notwendige vernachlässigt haben. Deshalb hat die Strategie bisher versagt, so auch der Bericht von Herrn Kok. Sie musste scheitern. Jede derartige Strategie muss an Machbarkeitsillusionen scheitern, die hinter diesem Konzept standen und stehen.

Rainer Brüderle

- (A) Es haben andere Wirtschaftsräume im 20. Jahrhundert versucht, mit der Festlegung von Wachstumsvorgaben die Vereinigten Staaten an Wirtschaftskraft zu überholen. Wir alle wissen, das ist gescheitert. Es mutet grotesk an, wenn Marktwirtschaften jetzt im 21. Jahrhundert mit quasi planwirtschaftlichen Elementen Ähnliches versuchen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das sehen aber nur Sie so!)

Die Europäische Kommission lamentiert, die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten sei die Achillesferse der Lissabonstrategie. Am liebsten würden einige Politiker in Brüssel die gesamte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zentralisieren.

Als im vergangenen Jahr jeder einsehen musste, dass die Lissabonstrategie gescheitert war, wurde sie ein bisschen modifiziert, ein bisschen gestrafft. Sie soll jetzt ein bisschen stärker auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichtet sein. Andererseits sollen Wachstum und Beschäftigung stärker in den Dienst des sozialen Zusammenhalts gestellt werden. Weiterhin kann also jeder in der Lissabonstrategie sehen, was er gern sehen möchte.

Europa strebt danach, für Forschung und Entwicklung 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auszugeben und eine **Beschäftigungsquote** von mindestens 70 Prozent zu erreichen. Diese Vorgaben zu erfüllen, ist im Prinzip nichts Schlechtes. Forschung und Entwicklung können die Voraussetzung für Wachstum schaffen. Hohe Beschäftigung ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Aber wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, damit sei es getan.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Zum Beispiel ist die Beschäftigungsquote seit Beginn des Lissabonprozesses in Europa – auch in Deutschland – gestiegen. Der Abstand zu den USA und zu Japan hat sich verringert. Allerdings ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Europa im gleichen Zeitraum um 5,5 Prozent zurückgegangen. Damit wird der positive Effekt für die Wachstumsstrategie letztlich aufgehoben. Damit haben wir keinen Schub des Wachstums ausgelöst.

(Beifall bei der FDP)

Bloße Zahlenvorgaben, ohne die ökonomischen Zusammenhänge zu berücksichtigen, reichen nicht aus. Sie schaffen kein Wachstum. Vorgaben für Beschäftigungsquote, für Jüngere, für Ältere schaffen per se nicht mehr Wohlstand. Ja, wir wollen Jüngeren mehr Beschäftigung bringen. Wir wollen Älteren mehr Chancen geben. Aber damit haben wir es nicht geschafft.

Was Europa nur weiterbringen kann, ist: Wir müssen stärker ein Europa des Wettbewerbs schaffen. Dazu gehört eine **Europäisierung der Wettbewerbspolitik**. Dazu gehört weniger Bürokratie beim innereuropäischen Güter- und Dienstleistungshandel. Dazu gehört in der Arbeitsmarkt-, Steuer- und Standortpolitik Wettbewerb zwischen den Mitgliedsländern. Aber Wettbewerb ist in der Lissabonstrategie kaum zu sehen. Die dort genannte Methode der offenen Koordinierung – eines der Kernele-

mente von Lissabon – ist keine offene Diskussion über eine zweckmäßige Wirtschaftspolitik. Sie ist zuallererst Koordinierung und Planung. Das Ziel ist am Ende Harmonisierung. Die Europäische Union drängt sich auf diese Weise in Politikbereiche, für die sie keine Regelungskompetenz hat.

(Beifall bei der FDP)

Für die Sektoren Soziales, Forschung und Gesundheit etwa ist sie gar nicht zuständig. Durch die Hintertür wird so eine Standardisierung der Sozialpolitik betrieben. Durch die Hintertür bekommen wir europäischen Wirtschaftszentralismus. Über wissensbasiertes Wirtschaftswachstum können wir uns freuen. Die Lissabonstrategie will den Sektor der Informationstechnologie fördern und das Wachstum stärken. Herr Verheugen als EU-Kommissar hat das präzisiert. Gefördert werden soll die IT-Industrie. Im Klartext heißt das: Industriepolitik für Großunternehmen. So stelle ich mir ein erfolgreiches Europa nicht vor.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt auch, wes Geistes Kind die Lissabonstrategie ist. Sie wurde damals von 15 Mitgliedsländern in Lissabon beschlossen, von denen elf sozialistisch oder sozialdemokratisch regiert wurden. Sie wurde von Regierungen beschlossen, die an die Steuerbarkeit der Wirtschaft und an die zentrale Planung von Wachstum glaubten. Das ist aber eine Anmaßung von Wissen. Das funktioniert nicht. Das ist vielleicht ein Stück Wiederbelebungsversuch der Sozialistischen Internationale.

Man hat sich vom Lissabonprozess eine günstige Stimmung für wachstumsfreundliche Reformen versprochen.

(Kurt Bodewig [SPD]: Wo lebt er?)

Aber in den Bereichen, in denen Europa mehr Wettbewerb schaffen könnte, scheitern die Ansätze kläglich an Nationalprotektionismus. Das Schicksal der Dienstleistungsrichtlinie gleicht einer Beerdigung zweiter Klasse.

(Beifall bei der FDP)

Auch sie war zentraler Teil der Lissabonstrategie. Sie war sogar eines der wichtigsten Vorhaben der Europäischen Kommission. Europa hat an dieser Stelle bewusst auf Wachstum verzichtet.

Jeder macht aus der Lissabonstrategie das, was ihm gerade recht ist: viel Prozess, wenig Ergebnis. Wer verstanden hat, wie Marktwirtschaft funktioniert, konnte nicht viel mehr erwarten. Die Lissabonstrategie gilt als Hoffnungsträger für Europa. Wenn der Lissabonprozess zum Ziel hat, Europa wettbewerbsfähiger zu machen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, Wirtschaft und Verbrauchern mehr Freiheiten zu geben, ist das positiv. Dazu muss man sich allerdings von falschen Zielvorgaben verabschieden. Dazu muss man Bürokratie abbauen, statt europäische Erfolgskontrollen einzuführen.

(Beifall bei der FDP)

Dazu müssen Märkte aufgebrochen werden, beispielsweise im Energiebereich.

Rainer Brüderle

- (A) Wir haben es ja aktuell im Fall Eon/Endesa erlebt: Wir sind von einem freien europäischen **Energiemarkt** noch weit entfernt. Es handelt sich um ein großes Politikum, wenn sich im Energiebereich ein Unternehmen in einem anderen Land engagieren will. Das wird sofort als nationale Herausforderung angesehen. So schaltete sich die spanische Regierung ein und es gab Gipfeltreffen. In diesem Bereich gibt es noch keinen echten Markt in Europa. Hier liegen die Probleme. Es handelt sich um Pseudoliberalisierungen, solange es andere Hemmnisse im grenzüberschreitenden Verkehr gibt. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen in Europa einen Steuerwettbewerb und keine einheitlichen Steuersätze. Das Einzige, was vereinheitlicht werden sollte, sind die Bemessungsgrundlagen. Das würde Vergleichbarkeit schaffen.

Wenn man meint, sich alles ersparen zu können und mit immer mehr um sich greifender Koordinierung und Harmonisierung den Wettbewerb in Europa quasi unterdrücken und ihn ein Stück weit von Europa fernhalten zu können, dann kann man gleich auf die Lissabonstrategie verzichten und sie beerdigen.

Wir müssen in Deutschland eine Politik betreiben, die unseren Investitionsstandort stärkt. Wir brauchen endlich eine Steuerreform. Aber diese wurde ja von der großen Koalition auf die lange Bank geschoben. Wir brauchen mehr Flexibilität, damit neue Arbeitsplätze entstehen, betriebliche Bündnisse für Arbeit und eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten.

- (B) (Martin Zeil [FDP]: Fehlanzeige!)

Dann werden sich unsere Unternehmen auch im Wettbewerb stärker behaupten und mehr Arbeitsplätze schaffen können.

Im Antrag der Koalitionsfraktionen werden Anstrengungen für die Reform der Sozialversicherungen gefordert. Diese soll vorangetrieben werden. Das ist richtig, aber im Gesundheitswesen ist davon weit und breit nichts zu spüren. Im Gegenteil, hier herrscht Rückschritt statt Stillstand. Stillstand wäre dabei noch ein Fortschritt.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen die Bedingungen für Bildung und Forschung am Standort Deutschland verbessern. Das ist Voraussetzung für Innovationen.

Für all diese Vorhaben brauchen wir aber keine **Koordination auf europäischer Ebene**. Europa sollte sich in den wirtschaftsrelevanten Politikbereichen konzentrieren auf die Durchsetzung von Wettbewerb, auf den Stabilitätspakt, auf die Umstellung seines Haushaltes – weg von Subventionen, hin zu Investitionen. Das würde den Rahmen schaffen, damit Europa wettbewerbsfähiger wird. Aber den Wettbewerb zwischen den Regionen und zwischen Konzepten, Ideen und Wegen quasi über Standardisierung und Harmonisierung zu unterdrücken, ist nicht das Konzept, wie Europa an die Spitze der Entwicklung kommt.

(Beifall bei der FDP)

(C)

Deshalb ist für mich bei einer Debatte über diesen Themenbereich das Zentrale, über die Strategie zu sprechen. Es geht nicht an, zu sagen, weil es sich um Europa handelt, ist das tabu und es reicht aus, uns zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt zu erklären. Damit hat man kein Problem gelöst. Wir haben es oft genug erlebt: Diese visionären, fast theologischen Aussagen bringen keine Lösung unserer Probleme. Zu Hause den Laden in Ordnung zu bringen, seine Hausaufgaben zu erledigen, und zwar im Wettbewerb mit europäischen Nachbarn und anderen Regionen, ist die Aufgabe, die wir angehen müssen. Nur durch einen fairen, offenen Wettbewerb kann sich die bessere Lösung durchsetzen und nicht durch Unterlaufen des Wettbewerbs, indem pseudoeuropäisch standardisiert und harmonisiert wird. Damit wird nur verhindert, dass sich der beste Standard bzw. Lösungsansatz durchsetzen und die beste Steuerpolitik für Europa prägend wird. Viele wollen das jedoch nicht und nehmen Zuflucht zu Wegen, die am Ziel vorbeiführen.

Vor diesem Hintergrund ist es Zeit, über die Grundlagen dieses Prozesses zu diskutieren, statt sie zu tabuisieren und eine Schimäre vor sich her zu tragen. Redlichkeit und Ehrlichkeit bringen Europa voran. Schöne Familienfotos,

(Ute Kumpf [SPD]: Sie wären aber gern als Minister auf dem Foto dabei! Geben Sie es zu!)

tolle Treffen der Regierungschefs und große Deklarationen leisten nur einen Beitrag dazu, dass Europa eher bei den Menschen an Vertrauen verliert als gewinnt.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun die Kollegin Doris Barnett für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Doris Barnett (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war kein Meisterstück, lieber Rainer Brüderle.

Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas hat den Auftrag, alles zum Gelingen der Vereinbarungen von Lissabon aus dem Jahr 2000 beizutragen. Heute – wir haben es gerade gehört – gibt es viele Skeptiker, die sagen, Lissabon sei gescheitert, wir sollten das Ziel aufgeben, die Europäische Union bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen zu wollen. Sie sagen weiterhin, wir seien nicht fähig, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu schaffen. Man brauche mehr Markt und Wettbewerb; das sei das einzige Ziel.

Sicher hätte sich Europa die Frage nach der Erreichbarkeit der ursprünglichen Lissabonziele schon früher

Doris Barnett

- (A) stellen können, statt sich damit erst im letzten Jahr zu befassen. Denn die Weltwirtschaft hat sich seit der Beschlussfassung im März 2000 negativ entwickelt. Der 11. September 2001 ist nur ein Faktor von vielen. Sollen wir aber nun aufgeben und die Flinte ins Korn werfen, nur weil wir allzu ehrgeizig waren? Nein, natürlich nicht. Das tun wir doch auch hierzulande nicht. Nur wer sich ehrgeizige Ziele steckt, erreicht am Ende des Tages mehr als der mit nur einer niedrigeren Latte.

Richtig ist, dass eine **Neuorientierung der Lissabonstrategie** notwendig ist. Wir steuern mit dem jetzt vorgelegten Reformprogramm das Unsrige dazu bei, weil unsere Anstrengungen der letzten Jahre endlich Wirkung zeigen. Die Konjunkturerholung in Deutschland – wie auch in anderen Teilen Europas – wird endlich spürbar. Nicht zu unterschätzen sind auch die finanzpolitischen Entscheidungen, die niemandem hier leicht gefallen sind. Aber sie werden mithelfen, die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu aktivieren und damit neue Beschäftigungschancen zu eröffnen. Immerhin haben bei einer Umfrage in der letzten Woche rund 60 Prozent der befragten Unternehmen angegeben, dass sie bereits in diesem Jahr neue, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen werden. Das ist ein Erfolg der schon länger eingeleiteten Reformpolitik in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Diese eingeleitete Wachstums- und Beschäftigungsstrategie wird allerdings umso erfolgreicher sein, je besser es uns gelingt, die verschiedenen Politikfelder optimal miteinander zu verbinden und auf Wachstum und Beschäftigung auszurichten. Schließlich wollen wir, dass die Unternehmen ihr Potenzial voll entfalten und im Wettbewerb bestehen können. Zum Potenzial der Unternehmen gehören ja gerade gut ausgebildete Fachkräfte und die nötige Innovationsfähigkeit. Sie sind – neben der Finanzpolitik, der gezielten Förderung von Forschung und Entwicklung und dem Ausbau der Infrastruktur – wichtige Garanten für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen.

(B)

Alle am Wirtschaftsleben Beteiligten wissen, wie sehr es auf gut ausgebildete **Fachkräfte** in ausreichender Zahl ankommt. Letzte Woche, als ich mit dem Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ in Mecklenburg-Vorpommern war, wurde uns nicht vorgejammert. Aber die Unternehmen sagten uns, wie händeringend sie Fachkräfte suchen. Denn in der Zwischenzeit haben sich neben einigen wenigen großen Unternehmen auch viele kleine und mittelständische Firmen dort niedergelassen, die zum Teil Weltmarktführer in ihrem Sektor sind.

Von entscheidender Bedeutung ist hierbei das persönliche Engagement, das durch keine Richtlinie, Verordnung oder Gesetz ersetzt werden kann. Da gibt es den Wirtschaftsförderer, der nicht nur Broschüren druckt, sondern Klinken putzen geht und für Ansiedlungen wirbt. Da gibt es die Bürgermeisterin, die sich mehr um Betriebe und um den Abbau von Bürokratie kümmert. Da gibt es den Wirtschaftsminister, der ständig auf Achse ist, um über persönliche Kontakte zu Firmen rechtzeitig Weichen im Lande zu stellen.

Ich bin froh, sagen zu können, dass der Osten unseres Landes aufholt – nicht mit alter Industrie, sondern mit dem, was Lissabon fordert: wissensbasiert. Dafür brauchen wir allerdings noch eine ganze Weile unsere GAmittel und die Mittel aus den EU-Strukturfonds. Wir brauchen aber auch die Anstrengungen vor Ort, um junge Menschen ausbildungsreif ins Berufsleben zu entlassen. Wir brauchen vor allem Unternehmer, die ehrgeizig und risikobereit sind, die gewillt sind und begreifen, dass eine Ausbildung über den derzeitigen Bedarf hinaus die absehbaren Engpässe in wenigen Jahren erst gar nicht entstehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Auch das gehört zu Lissabon: Dynamik entsteht mit Weitsicht. Weitsicht und Innovationsfähigkeit haben etwas mit dem Willen zu tun, in Wissen zu investieren. Das müssen die Unternehmen, das müssen die Länder und das müssen die Betroffenen selbst, die Menschen, auch wollen.

Darum strengen wir uns an, das ständige Weiterlernen, das so genannte lebensbegleitende Lernen, zum ganz selbstverständlichen Teil der Arbeitswelt werden zu lassen. Die Anstrengungen, die die Menschen in ihre eigene Beschäftigungsfähigkeit stecken, werden ihnen zum Vorteil gereichen, weil sie ihren Wert im Sinne von Arbeitspreis steigern. Denn der Mangel an gut qualifizierten Mitarbeitern wird zunehmen, nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklung. Wir müssen und werden uns überall dort besonders anstrengen, wo Ressourcen wichtig, aber knapp sind.

Das ist so bei den Menschen in unserem Land; das ist aber auch so in Sachen **effiziente Nutzung der Energie**. Mit intelligenten Werkstoffen – in der Debatte zuvor ist dies angeklungen –, die unsere Chemiker, Ingenieure und Laboranten entwickeln und erproben, gelingt es, den Wärmebedarf von Häusern dramatisch zu reduzieren. Das geht herunter bis auf null Energie, ja sogar bis zu Energie plus. Damit aus diesen Forschungsergebnissen und Pilotprojekten, in die wir gerne staatliche Gelder stecken, ein preiswertes Produkt für die Masse wird und damit Arbeitsplätze im Handwerk gesichert und weitere geschaffen werden, unterstützen wir Sanierungswillige – seien es Einzelpersonen oder auch Kommunen – mit günstigen Krediten der KfW. Das waren bisher 1,4 Milliarden Euro für 2006 plus 200 Millionen Euro aus 2005, die allerdings schon im Mai dieses Jahres verausgabt waren. Weil wir mit diesem Projekt einen richtigen Renner initiiert haben – ich muss zugeben, dass die hohen Energiekosten als überzeugendes Argument daran erheblich mitgewirkt haben –, ist es wohl nicht unziemlich, darüber nachzudenken, die Fördersumme beizubehalten bzw. sie ab dem nächsten Jahr sogar anzuheben. Vielleicht entwickeln auch die Bausparkassen Sonderprogramme für CO₂-Vorhaben ihrer Sparer.

An diesem Beispiel lässt sich zeigen, wie die Lissabonstrategie praktisch funktioniert: Wir fördern eine kluge Energiepolitik, die Innovationskräfte in der Forschung und anschließend in Unternehmen freisetzt. Hightechprodukte werden mit gut ausgebildetem, qualifiziertem Personal hergestellt. Unterstützt durch gezielte

Doris Barnett

- (A) Finanzhilfen ist es der Bevölkerung möglich, in nachhaltige Sanierungs- und Neubaumaßnahmen zu investieren, was im Handwerk zu Arbeit und Arbeitsplätzen und damit nicht nur zur Stärkung der Steuereinnahmen, sondern auch der Sozialsysteme führt. Der CO₂-Ausstoß, der zu 40 Prozent von Privathaushalten verursacht wird, wird reduziert. Das nenne ich nachhaltige Wirtschaftspolitik im Sinne der vereinbarten Lissabonstrategie. Dazu bedarf es aber eines starken Staates. Starke Ellenbogen hätten das nämlich nicht erreicht.

Das jetzt vorgelegte Nationale Reformprogramm gibt ausführlich Auskunft darüber, wie sich die Wirtschaftslage gestaltet und wie der gesamtwirtschaftliche Rahmen ausgestaltet wird, wie der strukturelle Wandel voranzubringen ist und wie der Arbeitsmarkt auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet werden muss. Ich gebe zu: Natürlich kann es von der EU nicht einen Plan für alle Länder geben.

Mit unserem Antrag stellen wir, die Koalitionsfraktionen, klar, welche Themen wir besonders berücksichtigt haben wollen, weil sie unserer Meinung nach für Wirtschaftswachstum und sozialen Zusammenhalt von herausragender Bedeutung sind. Allerdings will ich in der jetzigen Debatte nicht verhehlen, dass die Umsetzung der Lissabonstrategie durch die Kommission auch behindert wird. Es ist ja bekannt, dass wir mit unserem Forschungsprogramm, unserer Förderung von Mittelstandsprojekten, den GA-Mitteln und natürlich auch mit den EU-Geldern die vorgegebenen Ziele der Lissabonstrategie unterstützen. Deshalb ist es für mich umso unverständlicher, dass die Beihilfenkontrolle der EU-Kommission seit langem darauf ausgerichtet ist, den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten im Bereich der Regionalförderung systematisch einzuengen. Denn gleichzeitig drängt die Kommission mit ihrer eigenständigen Regionalförderung im Rahmen der Strukturfonds immer stärker in originäre Zuständigkeitsbereiche der Mitgliedstaaten.

Aus der Kommission ist in letzter Zeit immer häufiger zu hören, dass die Mitgliedstaaten eigentlich kein Recht mehr haben sollten, neben der EU-Regionalförderung eine eigene nationale Förderung zu betreiben. Die neue Strukturfondsverordnung und das Vorgehen der Kommission bei deren Umsetzung verstärken diese zentralistischen Tendenzen; in dieser Beziehung gebe ich Herrn Brüderle gerne Recht.

(Martin Zeil [FDP]: Er hat überhaupt Recht!)

Am Ende dieses Prozesses könnte nämlich stehen, dass die Förderung schwacher Regionen primär von der EU betrieben wird und die Mitgliedstaaten sich an dieser Politik bestenfalls im Wege der Kofinanzierung beteiligen können. In keinem anderen Bereich verletzt die Kommission zurzeit so eklatant das **Subsidiaritätsprinzip** wie im Bereich der **Regionalpolitik**. Damit wird den Mitgliedstaaten ein wichtiges Werkzeug aus der Hand genommen, um die von ihnen zu verantwortende nationale Reformpolitik umzusetzen. Wir können doch jetzt nicht anfangen, für einen Durchgriff der EU-Kommission die integrierten Politikprozesse wieder aufzudröseln.

Bund und Länder bestehen deshalb zu Recht darauf, dass die Mitgliedstaaten ausreichende Möglichkeiten behalten, eine eigenständige Regionalförderung als Teil des Nationalen Reformprogramms zu betreiben. (C)

Es muss weiterhin Sache der Mitgliedstaaten sein, zu entscheiden, wie die in den einzelnen Regionen bestehenden Probleme zu beheben sind. Die Mitgliedstaaten müssen in der Lage sein, ihre eigenen, regionalen Probleme mit eigenen Mitteln zu lösen; denn sie tragen die politische Verantwortung dafür.

Ausgangspunkt und Basis für die Lösung von Regionalproblemen, die in die nationale Problemlösung eingehen, muss der jeweilige Mitgliedstaat sein. Bei besonders gravierenden Regionalproblemen kann die EU die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Lösung dieser Probleme unterstützen, aber nicht umgekehrt. Das Ziel eines einheitlichen Wirtschaftsraums Europa ist kein Freibrief für Bestrebungen der Kommission, das Subsidiaritätsprinzip, wo immer es geht, zu unterwandern. Deshalb prüfen auch wir die Brüsseler Vorschläge sehr kritisch, zum Beispiel zur Dienstleistungsrichtlinie.

Die Lissabonstrategie ist trotz allem ein wichtiges und brauchbares Instrument. Mit dem vorgelegten Nationalen Reformprogramm wollen wir zu ihrem Gelingen beitragen. Wir laden Sie alle ganz herzlich ein mitzumachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) (D)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Dr. Diether Dehm für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! „Mehr Ehrgeiz bei der Erreichung der Lissabonziele“ beantragen heute die immer noch mit ihrer Oppositionsrolle ringenden Grünen. Die Bundeskanzlerin wollte die Lissabonstrategie im vergangenen Mai mit vollem Herzen unterstützen: Das A und O in einer Welt zunehmender Widersprüche sei wirtschaftlicher Erfolg. Welch eine armselige Schrumpfung menschlichen Glücks auf die Gewinnziffern der Konzerne und Großbanken!

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, werte Regierende, soweit anwesend, wenn Sie weiterhin wollen, dass die Profitdefinition wirtschaftlichen Erfolgs das A und O in dieser Welt ist, werden Sie eine demokratische Revolution bewirken, wie sie in Lateinamerika bereits begonnen hat.

Ihre Strategie wird aber nicht nur an uns scheitern, sondern auch an Ihnen. Die EU sollte bis 2010 – das ist in 40 Monaten – die dynamischste Region der Welt werden, stärker noch als die USA. Herr Glos, Sie lachen da zwar nicht, aber da lachen doch die Hühner.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Ha, ha!)

Dr. Diether Dehm

- (A) Mehr und bessere Arbeitsplätze, sogar Vollbeschäftigung und ein gestärkter sozialer Zusammenhalt waren damals als Ziele der Lissabonstrategie formuliert worden. Von alledem ist nichts übrig geblieben. Der Wachstumsabstand zu den USA ist lange Jahre immer größer geworden.

Auf dem Brüsseler Frühjahrsgipfel 2005 wurden die Prioritäten abgespeckt. Die soziale Rhetorik, wie etwa der ursprünglich angekündigte Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, ist faktisch tot. Lissabon heißt bei uns: Nationales Reformprogramm, Agenda 2010, Hartz IV sowie jede Menge neue Armut, Insolvenzen von Kleinunternehmen und Entlassungen. Die Situation ist für die Betroffenen meist ausweglos.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Sie, Kolleginnen und Kollegen von der FDP, diesen Neoliberalismus noch auf der Regierungsbank verschärfen durften, hat Ihr Herr Friedhoff – Herr Brüderle, vielleicht erinnern Sie sich noch an ihn – öffentlich eine andere Vor-Lissaboner Katze aus dem Sack gelassen. Ich zitiere sinngemäß: Wir werden den Kommunen so lange das Geld streichen, bis sie nichts mehr zu verkaufen haben. Das wurde zum Desaster für unsere Gemeinden.

Aber die Menschen wehren sich. Die Linke konnte bei der Kommunalwahl vor etwa zehn Tagen in Niedersachsen mit 136 Abgeordneten in die Kommunalparlamente einziehen. Bisher hatte sie 13 Kommunalmandate inne. Das ist eine Verzehnfachung. Ähnliches geschah im Frühjahr bei der Kommunalwahl in Hessen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN – Martin Zeil [FDP]:
Zum Thema!)

– Zum Thema: Zeigen Sie mir einmal eine Partei, die bei der Kommunalwahl in Hessen und Niedersachsen so stark gewonnen hat wie die Linke!

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was war in Berlin?)

Das liegt auch an Ihrer neoliberalen Politik. Das ist für uns ja von Vorteil. Machen Sie weiter mit dieser Politik, stärken Sie uns weiter!

Die Megakoalition von Helmut Kohl bis Gerhard Schröder, von Sabine Christiansen bis Dieter Hundt, von den Wirtschaftsgrünen bis zu den Wirtschaftsliberalen, von der Freihandelskanzlerin bis zum Dieter Bohlen des Verfassungsrechts, Udo Di Fabio, will den Menschen an den Fernsehapparaten Nacht für Nacht einbläuen, es gäbe keine Alternative zum Kaputtсанieren der öffentlichen Haushalte, zu Lohnstreichungen und brutalen Rentenkürzungen. Aber immer mehr Menschen fragen sich und zum Glück auch uns, Gewerkschafter und linke Kirchenleute: Warum ist der Staat nur dort innovativ, wo er die Profite und Aktienkurse der Konzerne und damit die Managergehälter mästet? Warum zieht er sich dort zurück, wo er ein Helfer für die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sein soll? Warum finanzieren überwiegend Lohnsteuerzahler und Handwerksmeister die staatlich vorgehaltenen Netze in diesem Land, mit denen Finanzspekulanten, die Energiekonzerne und die Deutsche Bank dann ihre Profite machen, und zwar ohne

sich an der Finanzierung der staatlichen Logistik auch nur halbwegs zu beteiligen? (C)

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Was macht denn Herr Wolf in Berlin?)

– Was macht Herr Wolf in Berlin? Ich denke, die verhandeln dort jetzt über die Regierung. Fragen Sie mich in diesem Zusammenhang nicht, was Herr Wolf jetzt in Berlin macht. Ich weiß allerdings, dass er und seine Partei in Berlin oft versucht haben, das abzufedern, was von der Bundesebene den Gemeinden und Ländern aufgebürdet wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Manchmal ist das Verhindern des Schlimmsten schon ein Fortschritt.

Ihr Nationales Reformprogramm will **Deregulierung**. Das heißt auf gut Deutsch: Gesetzlosigkeit für die Globalplayers. Sie unterbieten die Steuern in anderen Staaten, machen den Staat arm und bewirken damit weitere Steuersenkungen bei den Nachbarstaaten. Aber wo soll denn diese Abwärtsspirale enden? Oskar Lafontaine hat Ihnen oft genug die Auswege gezeigt:

(Martin Zeil [FDP]: Ja, aber da war er in der SPD!)

Börsensteuer, Schließung der Steueroasen, Kampf gegen die Hedgefonds und keine Senkung der Unternehmenssteuer. Darum gibt es auch die Hasstiraden der Herren Beck und Struck und anderer aus der einstmaligen dritten Garnitur der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN) (D)

Es wurde empirisch unwiderlegbar nachgewiesen: Deutschland liegt laut OECD-Statistik satte 6 Prozent unter der durchschnittlichen Steuerquote in der EU. Das **Steuerdumping** kommt also nicht von der Welt über uns, es kommt vor allen Dingen von uns in die Welt. Es reißt uns und andere in die Tiefe.

(Zuruf von der SPD)

– Hören Sie einmal genau hin.

Ich zitiere die „FAZ“ von gestern zu den wahren Ursachen der gewaltsamen Unruhen in Ungarn – die „FAZ“ ist ja nicht gerade die Zeitung der Linken –:

(Ute Kumpf [SPD]: Das sind Neonazis!)

Zwar hat das Land bedeutende westeuropäische und amerikanische Investoren angelockt, aber dies mit Steuerbefreiungen bezahlt, so daß der Staatshaushalt nicht konsolidiert werden konnte.

Das zu den Unruhen in Ungarn.

ATTAC, die bedeutende junge Organisation von Globalisierungskritikern, sagt:

Wenn sich Nationalstaaten auf Steuerdumping einlassen, verlieren alle ... Um diesen ruinösen Wettlauf zu beenden, fordern wir:

In der EU: Einheitliche Bemessungsgrundlagen und Gewinnsteuersätze ... Langfristig: Weltweit

Dr. Diether Dehm

- (A) einheitliche Konzernbesteuerung auf Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen, ...

ATTAC schlägt vor:

Eröffnet ein EU-Konzern eine Filiale in einem Land mit niedrigem Gewinnsteuersatz, muss die Differenz zum Steuersatz in der EU nachversteuert werden ...

Warum blenden Sie diese Alternativen ständig und so dogmatisch aus?

(Beifall bei der LINKEN – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Machen wir doch nicht!)

Eine Politik, die ungerührt den wenigen nutzt, verliert das Vertrauen der vielen. Aber der Widerstand der vielen wächst.

Ich danke für Ihre Geduld.

(Beifall bei der LINKEN – Ute Kumpf [SPD]: Der Dieter Bohlen der PDS!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Laurenz Meyer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es so einfach wäre, wie es von der Linken zum Schluss vorgetragen wurde,

- (B) (Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Dann würden Sie es machen! Dann würden Sie an die Macht der Konzerne gehen! – Gegenruf der Abg. Ute Kumpf [SPD]: Der Dieter Bohlen der Linken macht es sich einfach!)

und wenn es dann auch noch richtig wäre, dann wären wir froh. Aber so einfach kann man es sich nur machen, wenn man nicht bereit ist, sich mit der Wirklichkeit in der Welt auseinander zu setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dazu kann man nur sagen: Erhalte mir meine Vorurteile, hilf mir nicht weiter und lass mich meinen Verstand nicht gebrauchen! Da hört es für mich auf. Deswegen will ich mich damit auch nicht weiter beschäftigen.

Es geht darum, dass die Situation, in der wir uns befinden, gegenüber den Vorjahren ernsthaft verbessert ist, dass wir aber diesen Prozess verstetigen müssen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich persönlich habe nichts dafür übrig, dass jetzt bei uns das große Lied von der Sorge gegenüber den Asiaten, China usw. angestimmt wird. Ich empfehle uns allen in dieser Auseinandersetzung ein gesundes Selbstbewusstsein, aber auch Mut.

Um das, was in den vergangenen Jahrzehnten entstanden ist, etwa in **China**, realistisch beurteilen zu können,

muss man sich ein bisschen von den Prozentzahlen lösen. Angesichts von 10 Prozent Wachstum in China gegenüber 2 Prozent Wachstum bei uns denkt man erst einmal: Mein Gott, holen die auf! Aber sie holen bisher nicht auf. (C)

(Ute Kumpf [SPD]: Auf einem niedrigen Niveau!)

Das Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa ist in den letzten 20 Jahren von 11 000 Dollar auf 22 000 Dollar gesteigert worden. Der Abstand zu den Chinesen ist heute weitaus größer als noch vor 20 Jahren.

Die bestehende Situation kann zwar nicht mit Prozentzahlen beschrieben werden, muss aber trotzdem ernst genommen werden, weil es um eine große Masse geht, weil sich in China natürlich etwas tut und weil wir – der Herr Wirtschaftsminister hat dankenswerterweise sehr ausführlich darüber gesprochen – in den WTO-Verhandlungen, zum Beispiel über den Schutz geistigen Eigentums, wirklich ernste Probleme zu bewältigen haben. Aber ich rate uns zu Mut statt zu einer Schneckenhausmentalität. Wir haben in Europa und in Deutschland etwas vorzuweisen. Jetzt gilt es, das zu sichern und auszubauen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten schauen, wo unsere Stärken liegen. Ich fange einmal mit dem Thema **Energie** an, das der Wirtschaftsminister ja breit behandelt hat. Unsere Stärken lagen in der Vergangenheit sicher darin, dass wir einen guten und nach Risikostreuungsgesichtspunkten ausgegogenen Energiemix hatten. (D)

(Martin Zeil [FDP]: Bis zu Rot-Grün!)

Diesen gilt es zu erhalten. Dass Stichworte wie Wirtschaftlichkeit und Kosten überhaupt wieder eine Rolle spielen, ist der neuen Koalition zu verdanken. Diese Gesichtspunkte waren in der Zeit der rot-grünen Koalition leider etwas zu stark in den Hintergrund getreten.

(Gudrun Kopp [FDP]: Das merkt man aber noch!)

Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung ambitionierte Ziele im Energie- und Umweltbereich aufgestellt. Jetzt sollten wir alles daransetzen, diese ambitionierten Ziele auf möglichst effiziente Weise zu verwirklichen.

(Martin Zeil [FDP]: Das wäre schön!)

Deshalb – das sage ich hier für unsere Fraktion ganz klar, auch an die Adresse des Umweltministers – werden Vorhaben, die zusätzliche Kosten verursachen und nicht unbedingt nötig sind, zum Beispiel bezüglich der Wärme in den Haushalten und Energiepass, von uns nicht unterstützt. Hier muss geschaut werden, wie wir unser Ziel möglichst kostengünstig erreichen können. Dabei unterstützen wir den Wirtschaftsminister in seinen Absichten. Wir sollten hier nicht immer noch mehr draufsatteln, so dass das Ganze sehr teuer wird, sondern überlegen, wie man es am effizientesten erreichen kann.

Laurenz Meyer (Hamm)

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Gudrun Kopp [FDP]: Energieprogramm!)

– Weil Sie das gerade sagen, will ich noch einmal unterstreichen: Unser Energiemix ist richtig und sollte nach Möglichkeit in der breiten Streuung, die wir haben, auch erhalten bleiben.

(Martin Zeil [FDP]: Mit der Kernenergie!)

– Aus unserer Sicht mit der **Kernenergie**. Das ist in dem Zusammenhang einfach eine Frage des Verstandes, was übrigens auch die allermeisten Länder, die sich von der Kernenergie abgewandt hatten, so sehen. Ich bin ganz sicher, dass der Diskussionsprozess zu dieser Frage auch in Deutschland weitergehen wird.

Meine Damen und Herren, die Zementierung unserer Arbeitsmärkte ist durchaus ein Schwachpunkt. Das ist wiederholt festgestellt worden, jetzt wieder von den internationalen Organisationen. Die Frage, über die wir hier diskutieren müssen, ist: Wie bekommen wir – gerade jetzt, wo sich die Konjunktur bewegt und wir Wirtschaftswachstum haben – möglichst viele schneller in den **Arbeitsmarkt** hinein? Hier geht es auch um die zentrale Frage, ob nicht erst bei 2 Prozent oder 1,5 Prozent Wachstum eingestellt wird, sondern, wie auch in anderen Ländern, schon bei 0,7 Prozent.

(Beifall der Abg. Ilse Aigner [CDU/CSU])

- (B) Lassen Sie uns schauen, wo in diesem Zusammenhang in Europa die besten Lösungen gefunden worden sind, wo es in Europa vernünftige Steuersysteme und Arbeitsmarktreglementierungen gibt. Ich nenne als Beispiel Dänemark, das hier große Erfolge hatte, und zwar bei sozialer Absicherung und gleichzeitig mehr Freiheit in den Beziehungen am Arbeitsmarkt. Wir sollten über solche Dinge wirklich ohne Scheuklappen reden und nachdenken,

(Martin Zeil [FDP]: Die Scheuklappen sitzen links!)

dabei immer die Interessen unserer Beschäftigten im Auge haben und schauen, wie Menschen in Arbeit kommen können. Mehr Arbeit schaffen in Deutschland und den Menschen die Angst nehmen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, das ist für uns nach wie vor die zentrale sozialpolitische Aufgabe, die auch etwas mit Sicherheit zu tun hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

In diesem Zusammenhang ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft von großer Bedeutung. Im Rahmen der Gesundheitsreform müssen wir ernsthaft über dieses Thema diskutieren. Dieser Wachstumsmarkt muss stärker vom Markt gesteuert werden. Die Krankenversicherungen müssen miteinander im Wettbewerb stehen. Auf diese Weise müssen die Kosten in Grenzen gehalten werden.

Darüber hinaus müssen wir die Lohnzusatzkosten senken. Das tun wir zum Beispiel durch die Senkung des

- Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar nächsten Jahres. (C)

Bei der **Energieversorgung** in Deutschland müssen wir dafür sorgen, dass nicht funktionierende Märkte besser funktionieren. Dort, wo sie nicht funktionieren, muss der Staat eingreifen und Missbrauch verhindern. Diese Aufgabe hat der Wirtschaftsminister beschrieben. Wir unterstützen ihn und seine Strategie.

Gleichzeitig gilt es, alles zu tun, um zusätzlichen Wettbewerb zu fördern: sei es durch neu zu bauende Kraftwerke, sei es durch den Wettbewerb aus dem Ausland. Hier spielen die Kuppelstellen und die anderen Themen, über die hier bereits diskutiert worden ist, eine sehr große Rolle.

Über die Hightechstrategie haben wir heute Morgen gesprochen. Auf diesem Gebiet sind wir vorne. Wir müssen auch in Zukunft vorne bleiben und diese Stärke ausbauen. Das ist eine wichtige Aufgabe. Ich bin froh, dass die Bundesregierung dieses Thema ins Zentrum ihrer Politik gerückt hat, hierfür Geld in die Hand nimmt und die kleinen und mittleren Unternehmen auf diesem Weg mitnimmt.

Stichwort Bürokratieabbau. In dieser Woche haben wir die Einsetzung des Normenkontrollrates erlebt. Wir werden seine Arbeit begleiten. Gleichzeitig werden wir den Bürokratieabbau mit einem zweiten Mittelstandsentlastungsgesetz fortsetzen. Wir haben ja gesehen, in welchem Umfang der deutschen Wirtschaft durch das erste Bürokratieabbaugesetz Kosten erspart werden konnten. (D)

Bei der Unternehmensteuerreform und der Erbschaftsteuerreform sind wir auf einem guten Weg. Damit setzen wir ein wichtiges Zeichen dafür, dass die Unternehmen ihre Steuern wieder in Deutschland zahlen, dass die vorhandenen Arbeitsplätze erhalten bleiben und dass die Betriebe fortgeführt werden können. Das sind wichtige Aufgaben.

Hinzu kommen weitere politische Ziele, die wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen. So muss zum Beispiel die verhängnisvolle Fehlsteuerung unseres Steuersystems, dass Fremdkapital besser als Eigenkapital behandelt wird, korrigiert werden. Langfristig müssen wir zu einer Eigenkapitalstärkung kommen, insbesondere im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen. Das ist die richtige Richtung.

Wir werden die Rahmenbedingungen für die Förderung von Wagniskapital verbessern, damit Deutschland mit den anderen europäischen Ländern konkurrieren und hierzulande privates Geld für neue, junge und technologieorientierte Unternehmen mobilisiert werden kann.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz ein Thema aufgreifen, das uns im Herbst dieses Jahres beschäftigen wird und über das sich insbesondere die PDS einmal Gedanken machen sollte. Es geht um eine Kerngruppe bei den **Arbeitslosen**. Wir setzen mit unserer Wirtschaftspolitik bei denjenigen an, die am Arbeitsmarkt gegenwärtig keine Chance haben, weil sie keine Berufsausbildung oder keinen Schulabschluss haben.

Laurenz Meyer (Hamm)

- (A) Wir stehen vor folgender Alternative: Entweder ha-
ken wir diese Gruppe endgültig ab, kümmern uns nicht
mehr um sie und setzen nur noch auf Sozialtransfers
oder wir lassen uns Möglichkeiten einfallen, wie wir
diese Menschen durch eine Kombination von niedrige-
ren Löhnen und staatlichen Sozialtransfers wieder in Ar-
beit bringen können.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU):

Dafür zu sorgen, dass diese Menschen Arbeit bekom-
men, ist die zentrale Aufgabe, die wir im Herbst dieses
Jahres angehen müssen. Deswegen sage ich: Weg mit all
dem Unfug und ran an sachliche Lösungen im Interesse
der Bürger in Deutschland!

Unser Ziel ist – ich wiederhole es –, sozialversiche-
rungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen und den Men-
schen die Angst zu nehmen, ihren Arbeitsplatz zu verlie-
ren. Daran wird unsere Politik gemessen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD –
Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Dann
tun Sie das doch!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich erteile das Wort nun der Kollegin Dr. Thea
Dücker für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

- (B) **Dr. Thea Dücker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Vorab ein Wort an Herrn Dehm von der Linken: Ja,
Bündnis 90/Die Grünen wollen den europäischen Pro-
zess und wollen das Europa der Zukunft mitgestalten,
weil wir nämlich ein soziales und ökologisches und
wettbewerbsfähiges Europa wollen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sieben Jahre
versagt! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]:
Meinen Sie, wir wollen kein Europa?)

Deswegen haben wir einen Antrag vorgelegt, mit dem
wir von der Bundesregierung mehr Ehrgeiz einfordern,
Europa voranzubringen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Die
Verfassung!)

Wir sind keine Verweigerer wie Sie, sondern wir wollen
mitgestalten und sehen hier erhebliche Handlungsdefi-
zite, auch aufseiten der Bundesregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sieben Jahre
Zeit gehabt!)

Die Bundeskanzlerin hat erklärt, dass sie will, dass
Deutschland in Europa eine Spitzenposition einnimmt.
Das ist ein hehres Ziel, das zu unterstützen ist. Nur,
wenn man sich den Bericht über die Umsetzung der **Lis-
sabonstrategie** ansieht, muss man leider feststellen, dass
eigentlich Enttäuschendes präsentiert wird. Es ist ein-

fach so – Sie stehen nicht dazu, Sie thematisieren das
nicht einmal –, dass Deutschland auf dem Weg zur Errei-
chung der Ziele der Lissabonstrategie mit Trippelschrit-
ten, wenn überhaupt, vorankommt. Das reicht nicht aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrem Bericht, meine Damen und Herren, ist viel Ei-
genlob, wenig Konzeptionelles und auch nicht viel Ehr-
lichkeit enthalten. Wenn man dabei vorankommen will,
Europa zum wettbewerbsfähigsten wissensbasierten
Wirtschaftsraum der Welt zu machen, reicht es eben
nicht, lauter „Wünsch dir was“-Vorschläge zu machen.

Das gilt auch für den Antrag der großen Koalition, für
den Frau Barnett hier gesprochen hat. Das ist ein klassi-
scher „Wünsch dir was“-Antrag, wie ich an den folgen-
den Beispielen zeigen will: Sie schreiben zu Recht, Sie
wollen die Erschließung von sozialversicherungspflich-
tigen Beschäftigungspotenzialen forcieren und damit
Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft reduzieren. Das
klingt gut. Nur, ich glaube, dass die deutsche Bevölke-
rung auch wissen will, wie Sie das erreichen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Menschen reiben sich im Moment die Augen:
Mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent-
punkte in einem Schritt machen Sie genau das Gegenteil:
Sie werden Schwarzarbeit forcieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: So ist es!)

Mit Ihrem Plan, die Möglichkeiten, etwas dazuzuverdie-
nen, für Leute mit kleinen Einkommen zu reduzieren
oder ganz zu streichen, machen Sie genau das Gegenteil
von dem, was Sie im Zuge der Umsetzung der Lissabon-
strategie machen müssen und was Sie hier verspre-
chen: Sie bereiten der Schwarzarbeit den Weg, Sie
machen ein richtiges Konjunkturprogramm für Schwarz-
arbeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrem Bericht versprechen Sie Brüssel, dass mit
dem Ausbildungspakt auch in Zukunft bedarfsgerecht
ausgebildet wird. Doch es ist nicht bedarfsgerecht aus-
gebildet worden. In Ihrem Bericht steht kein einziges Wort
darüber, dass zurzeit noch 215 000 Jugendliche einen
Ausbildungsplatz suchen. Sie sagen nicht, wie Sie dem
abhelfen wollen. Wir fordern in unserem Antrag unter
anderem, ein Sonderqualifizierungsprogramm für Ju-
gendliche aufzulegen, weil gehandelt werden muss – der
Ausbildungspakt bringt es an dieser Stelle nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten die geschönten Berichte, die Sie nach Brüssel
senden, zurücknehmen und sich den Problemen zuwen-
den! Das Problem liegt doch auf der Hand, es ist uns im-
mer wieder bescheinigt worden, etwa mit der PISA-Stu-
die: Deutschland ist mit seinem **Schulsystem** immer
noch versetzungsgefährdet. Wir kommen voran, aber wir
verringern den Abstand zu den anderen europäischen
Ländern nicht. Wir hatten heute Morgen eine Diskussion
über Wissenschaft und Forschung. Wir sind im Hoch-
schulbereich an der Spitze – allerdings mit den Abbre-

Dr. Thea Dückert

- (A) cherquoten. Gerade haben wir von der OECD bescheinigt bekommen, dass wir mindestens doppelt so viel ausbilden müssen. Wir haben einen Braindrain, uns rennen die jungen Leute weg, sie gehen ins europäische Ausland. Hier müssen wir ansetzen. Sie erwähnen dieses Problem in Ihrem Bericht nicht einmal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Weiterbildungsstrategie für Erwachsene ist nicht zu sehen. Alle skandinavischen Länder haben doppelt so hohe Weiterbildungsquoten als Deutschland. Wir verschwenden in Deutschland gerade bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Wissen und Erfahrung – und das trotz einer problematischen demografischen Entwicklung. Sie sagen nichts dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Ich behaupte, dass wir in Deutschland eine viel höhere Erwerbsquote bei Älteren hätten, wenn wir eine konsequente Weiterbildungspolitik während des gesamten Erwerbslebens durchführen würden – Stichwort: lebenslanges Lernen. Ich sage Ihnen: Verrenten Sie Ihr Programm „Initiative 50 plus“ – die Instrumente gibt es sowieso schon – und legen Sie eine Gesamtstrategie und eine Initiative für berufliche Weiterbildung gerade der Älteren auf, die im Job und in den Betrieben sind. Dann können Sie auch auf Ihre Fantasien vom Kombilohn verzichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Sie feiern in Ihrem Bericht die **Frauenerwerbsquote**. Ja, sie ist gestiegen. Nehmen Sie aber doch einmal das ganze Problem in den Blick. Sie ist zwar gestiegen, aber für das Arbeitsvolumen der Frauen gilt das nicht. Die Anzahl der Minijobs und der Teilzeitarbeit ist gestiegen. Arbeitsplätze mit einer auskömmlichen Entlohnung sind rar. Mit einer Differenz zwischen dem Frauen- und dem Männerlohn von ungefähr 28 Prozent – so viel verdienen Frauen in Vollbeschäftigung weniger als Männer – sind wir in Europa wirklich ein Schlusslicht. Hierauf brauchen wir Antworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nirgendwo in Europa stehen Frauen beispielsweise bei der Besetzung von Führungspositionen schlechter da. Hierzu möchte ich Antworten von Frau Merkel, weil ich mir sicher bin, dass Herr Glos, der ja auch nicht mehr hier ist, keine Antworten zu diesem Thema liefern wird.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Merkel denkt, eine Kanzlerin reicht aus!)

Die Männerdominanz in den Führungsetagen, in der Wissenschaft, in der Wirtschaft und am gesamten deutschen Arbeitsmarkt ist ein reales Innovationshindernis für Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Lücke müssen wir im europäischen Kontext schließen. Man sieht, dass das mit Selbstverpflichtungen

- nicht klappt. Hier können wir uns ein Beispiel an den Gesetzen in Norwegen nehmen. (C)

Nirgendwo in Europa fehlen Arbeitsplätze für geringqualifizierte in so großer Zahl. Gerade bei kleinen Einkommen sind die Lohnnebenkosten das größte Problem. Mit unserem Progressivmodell haben wir ein Konzept dafür vorgelegt; wir wollen Steuergelder eben nicht verschleudern, sondern gezielt für die Senkung der Lohnnebenkosten bei kleinen Einkommen einsetzen. Hier kann man mit Steuergeldern die effektivsten Effekte erzielen. Man darf sie nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden, wie Sie das tun.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Oh, Frau Dückert!)

Meine Damen und Herren, über das Thema Lohnnebenkosten muss weiter diskutiert werden. Sie tun das ja selber in Ihrem Bericht. Es ist ganz interessant: In dem Bericht schreiben Sie, dass die Lohnnebenkosten weiter gesenkt werden sollen. Bei Status und Zeitplan steht dann – das haben wohl Ihre Beamten ziemlich ehrlich dort hineingeschrieben –: „In Vorbereitung“. Ich sage: Noch ehrlicher wäre es, wenn Sie darauf hinweisen würden, dass dank Ihres Murkses bei der Gesundheitsreform und der Schwierigkeiten, andere Reformen durchzusetzen, zunächst einmal ein Höherentreiben der Lohnnebenkosten auf Ihrer Agenda steht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Ich weiß nicht, wo Sie das hernehmen!)

- Das entnehme ich der aktuellen Debatte zur Gesundheitsreform und den Einlassungen der Kassen, die schon darauf hinweisen, dass aufgrund dessen, was Sie hier vorlegen, im nächsten Jahr mit einem Beitragssatz von möglicherweise 15 Prozent zu rechnen ist. (D)

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung!)

Genau an dieser Stelle trifft frei nach Münzfering der Satz zu: Was ich vor der Wahl verspreche, ist das eine und was ich nach der Wahl tue, ist garantiert das andere.

(Martin Zeil [FDP]: Wie in Ungarn!)

Es geht weiter – das sprechen Sie in Ihrem Umsetzungsbericht nicht an –: Sie müssen zugestehen, dass Sie eine Aktivierungsquote von nur 13 Prozent bei den **Langzeitarbeitslosen** haben. Das ist erheblich unter dem, was Ihnen von der EU vorgegeben ist. Sie sagen, wir müssten die Langzeitarbeitslosen stärker fördern. Dies ist richtig. Aus Ihrem Munde ist das aber pure Heuchelei, weil Sie viele Instrumente zur Integration von Langzeitarbeitslosen streichen, weil Sie die Mittel für das Fördern nicht ausgeben, sondern sparen wollen, und weil Sie tolerieren, dass das Fördern in Deutschland viel zu kurz kommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie sich – Herr Meyer, Sie haben es angesprochen; tun Sie es doch endlich! – ein Beispiel an Dänemark. Dort wurden Instrumente aufgelegt, die Sie in

Dr. Thea Dückert

- (A) Deutschland gerade streichen wollen, beispielsweise die Jobrotation. Reden Sie nicht nur, sondern handeln Sie gemäß den Zielen, die Sie selber formuliert haben.

Eines Ihrer Ziele ist die Erhöhung der Zahl der Unternehmerinnen und Unternehmer. Natürlich brauchen wir mehr Unternehmerinnen und Unternehmer. Aber auch dazu legen Sie widersprüchliche Konzepte vor. Bei der Unternehmenssteuerreform, die Sie vorschlagen, werden die großen Unternehmen mit etwa 8 Milliarden Euro entlastet. Bei der Verwirrung, die Sie hier verbreiten, ist zu vermuten, dass diese Entlastung von den kleinen und mittleren Unternehmen bezahlt werden muss.

Wo sind denn die Konzepte für die Förderung von **kleinen Unternehmen** und von Selbstständigen? Wo ist denn zum Beispiel ein Konzept zur leichteren Unternehmensgründung in Form einer GmbH? Wo ist denn ein Konzept zur sozialen Absicherung von kleineren Unternehmen? Sie sind doch allein auf die Großkonzerne fixiert, während die mittleren und kleinen Unternehmen sehen können, wo sie bleiben. Sie schaffen Eintrittshilfen für zukünftige Unternehmerinnen und Unternehmer ab, indem Sie zum Beispiel Instrumente wie die Ich-AG einkassieren, die gerade für Frauen und den Osten gut sind. Das ist Ihre Politik.

Sie führen – Herr Glos übt das jedenfalls – eine Politik der modernen Wirtschaftsrhetorik ein, machen aber genau das Gegenteil. Wir sind das einzige Land in Europa, das noch immer ein mittelalterliches Relikt fördert, nämlich den Meisterzwang. Schaffen Sie ihn im europäischen Kontext ab und senken Sie die Lohnnebenkosten!

(B) Dadurch werden wir Dynamik in den Arbeitsmarkt bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. Herr Glos hat darauf hingewiesen, dass wir demnächst die EU-Präsidentschaft übernehmen werden, und erklärt, dass er gerade im Energiebereich einiges tun will. Aber, Herr Glos – das sage ich zum Abschluss –: Sie haben hier nur einen einzigen Punkt genannt, nämlich die Steigerung von Kraftwerkskapazitäten. Sie sind genau wie Herr Meyer – das wurde in seinem Beitrag deutlich – beim Thema Energieeffizienz blind und taub.

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]:
Na, na, na!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon überschritten.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Wenn wir Europa nach vorne bringen wollen, dann müssen wir gerade im Bereich der Energieeffizienz Weltmeister werden; denn unter dem Aspekt der Kosten, die Sie, Herr Meyer, selber

beklagt haben, ist jede eingesparte Energiestunde die billigste. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Richtig!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich erteile nun das Wort dem Kollegen Kurt Bodewig für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kurt Bodewig (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgabe der Opposition ist es, anzugreifen. Aber ich habe manchmal den Eindruck, dass hier mit Zerrbildern operiert wird, die von der Wirklichkeit meilenweit entfernt sind. Herr Brüderle machte den Auftakt, indem er die Lissabonstrategie en passant für gescheitert erklärt hat. Werter Kollege, das war eine leicht oberflächliche Analyse. Wir sollten doch einmal beschreiben, was durch die **Lissabonstrategie** in Europa an realen Veränderungen und Initiativen ausgelöst worden ist.

Ich will ein Beispiel nennen. Das Projekt „Galileo“ verfügt über eine hohe Technologiequalität und eine hohe Anwendungsdichte. Mit diesem Technologievorsprung werden wir uns weit vor alle anderen technologischen Zentren dieser globalen Welt positionieren.

(Martin Zeil [FDP]: Das hat niemand bestritten!)

(D)

Wir sollten einmal zur Kenntnis nehmen, dass auch dies ein Teil der Lissabonstrategie ist, nämlich ein wissensbasierter und effizient arbeitender Wirtschaftsraum zu werden.

Gescheitert ist die Lissabonstrategie bei der Festlegung des Zeitpunkts. Die Einschätzung, diese Ziele innerhalb von zehn Jahren zu erreichen, war zu ehrgeizig und nicht realistisch. Aber damit sind die Ziele selber nicht falsch.

Angesichts des Beitrags des Kollegen Dehm, der im Moment nicht da ist, sollten wir doch einmal feststellen, dass die Agenda 2010 Wirkung zeigt. Alle Forschungsinstitute machen deutlich: Die getroffenen Maßnahmen entfalten positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Unser Bemühen, soziale Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, ist gelungen. Wir sollten ein bisschen von diesen Zerrbildern wegkommen, weil Europa mit Sicherheit ein lohnendes Projekt ist.

Mit Blick auf die neuen Mitgliedstaaten können wir zurzeit eine Wohlstandsangleichung feststellen, die noch vor vier Jahren niemand für möglich gehalten hat. Die Wohlstandsangleichung findet übrigens nicht nur in diesen Ländern statt, sondern wir sind als deutsche Volkswirtschaft in einem hohen Maße an der Wohlstandsentwicklung beteiligt, und zwar nicht nur durch Input, sondern auch durch Wirtschaftsbeziehungen, die sich in den Exportzahlen sehr deutlich widerspiegeln. Auch das sollten wir an dieser Stelle klar machen.

Kurt Bodewig

- (A) Aus dem Umsetzungs- und Fortschrittsbericht zum Nationalen Reformprogramm wird deutlich, dass wir durchaus Erfolge erzielt haben. Beispielsweise liegen wir bei der Frauenerwerbsquote mit 59,6 Prozent kurz vor dem im Bericht genannten Ziel von 60 Prozent. Darüber redet zwar niemand, aber ich finde, dass wir auch das berücksichtigen sollten.

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie ist das Arbeitsvolumen? Das ist zurückgegangen!)

Auch bei den älteren Arbeitnehmern haben wir große Fortschritte gemacht.

Es reicht aber nicht aus, stehen zu bleiben. Wir müssen weitermachen. Dazu gehören **Bildungsinvestitionen**. In den Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass die Zahlen sehr gut sind. Sie zeigen, dass wir versuchen, das 3-Prozent-Ziel zu erreichen. Wir haben große Fortschritte erzielt und zusätzliche Investitionen vorgesehen. Das gilt auch für die Verkehrsinfrastruktur und andere große Strukturbereiche, für die im Bundeshaushalt die Investitionen deutlich aufgestockt wurden. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen: Die Volkswirtschaft springt an.

Ich teile die Auffassung des Bundeswirtschaftsministers. Wir werden auch die Klippe am Beginn des kommenden Jahres überschreiten. Die Dynamik, die sichtbar wird, wird alle Prognosen – die der vergangenen Jahre ohnehin, aber auch am Beginn dieses Jahres formulierten – deutlich überschreiten. Das wird uns gelingen. Wir werden an dieser Stelle weiterkommen.

- (B) **Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**
Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ulrich aus der Fraktion Die Linke?

Kurt Bodewig (SPD):

Gerne. Das machen wir im Ausschuss auch immer gern.

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Herr Bodewig, Sie haben eben ausgeführt, dass die Wohlstandsvermehrung in Deutschland mit der Agenda 2010 und Hartz IV einhergeht. Ist Ihnen bewusst, dass wir eine zweigeteilte Gesellschaft haben? Gerade gestern wurde veröffentlicht, dass unter Hartz IV die Kinderarmut deutlich angestiegen ist. Glauben Sie nicht, dass der Wohlstandsgewinn in Deutschland sehr einseitig verteilt ist und dass die Masse der Bevölkerung nichts davon hat?

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Bodewig (SPD):

Es gibt mit Sicherheit bestimmte Sektoren in unserer Gesellschaft, die Nachteile erfahren haben. Mir sind aber Berechnungen von Hartz-IV-Empfängern bekannt, nach denen diese – etwa in einer Familie mit drei Kindern – wesentlich besser dastehen als eine allein erziehende Verkäuferin, die ihren Lebensunterhalt aus ihrem Erwerbseinkommen bestreiten kann. Auch das sollten wir zur Kenntnis nehmen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (C)

Hartz IV wurde von Ihnen als Stigmatisierungsbegriff verwandt. Ich glaube, das ist falsch. Sie sollten sich noch einmal die Instrumentarien und einzelnen Regelungen deutlich machen und auch auf den Einzelfall beziehen.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt hinweisen. Unser Ziel war es, durch Strukturreformen Impulse zu geben. Die Zahlen zeigen, dass wir eine positive Arbeitsmarktentwicklung und eine aus diesen Strukturreformen resultierende Fortentwicklung zu verzeichnen haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang an eine Bemerkung von Herrn Meyer anknüpfen. Er hat gesagt, wir sollten selbstbewusst auf das in diesem Land vorhandene Potenzial zeigen. Die Strukturreformen waren notwendig, um dieses Selbstbewusstsein in einer positiven Arbeitsmarktentwicklung fortzuentwickeln. Ich glaube, das ist die Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will aber auch deutlich machen: Wenn es uns gelingt, technologisch voranzukommen und große Projekte auf den Weg zu bringen, dann ist es die nationale Aufgabe in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, diese Impulse weiter zu verstärken.

Frau Kollegin Barnett hat auf einen Punkt hingewiesen: Wie ist die Arbeitsteilung zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten? Ich glaube, es gibt nur zwei Wege. Es gibt entweder das Gemeinschaftsrecht – das füllen wir aus – oder eine gemeinsame Verständigung darüber, dass europäische Initiativen, auch wenn sie nicht durch Gemeinschaftsrecht geprägt sind, fortgesetzt werden. (D)

An dieser Stelle will ich noch einen Punkt erwähnen. Wir leben auch davon, dass wir in dieser globalen Welt mit sich neu entwickelnden Zentren wie Indien, Brasilien und China – das wurde bereits erwähnt – konkurrieren. Die Konkurrenz darf aber nicht bei den **Arbeitskosten** stattfinden. Denn damit werden wir nicht mithalten. Es handelt sich um Länder, in denen Millionen Menschen keine Tarifverträge kennen. Sie erzielen Einkommen an der untersten Schwelle; eine Krankenversicherung gibt es nicht. Das kann nicht der Maßstab sein. Vielmehr muss es um Kreativität gehen: Wir müssen in Bildung, in Forschung und in Wissenschaft investieren. Wir müssen Impulse geben. Vor allem müssen wir eine Mentalität erzeugen, dass wir als geeintes Europa im globalen Wettbewerb bestehen wollen.

Dazu gehört auch etwas, das wir immer nur am Rande erwähnen: Ein großer Vorteil unserer Volkswirtschaft ist, dass wir das **europäische Sozialmodell** vertreten. Wir geben den Menschen die Möglichkeit, unter den veränderten Bedingungen der globalen Auseinandersetzung – es gibt globale ökonomische Auseinandersetzungen, Konkurrenzen, Wettbewerbe – individuelle Sicherheit zu finden. Deswegen ist es eine Aufgabe auf der europäischen und der deutschen Agenda, das europäische Sozialmodell in unseren gesamten europapolitischen Vorhaben zu verankern. Das ist ganz entscheidend. Es ist ein wichtiger Aspekt, der zum Erfolg führt. Deshalb ist es

Kurt Bodewig

- (A) sinnvoll, darüber nachzudenken, wie zukunftsfest unsere sozialen Sicherungssysteme sind.

Gleichzeitig ist anzumerken, dass sich die europäischen Länder hierbei angleichen werden. Herr Brüderle, Harmonisierung ist keine Absage an den Markt. Harmonisierung heißt, für gleiche Bedingungen bei der Produktion zu sorgen. Es war einer der Kernfehler im ersten Entwurf einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie, dass Folgendes nicht beachtet wurde: Wer zu den Bedingungen eines anderen Landes bei uns in Deutschland auf den Markt geht, der wird all diejenigen diskriminieren, die sich an deutsches Recht, an deutsche Vorgaben halten. Das ist nicht sinnvoll. Es ist der richtige Weg, Qualität und den Grundsatz „Gleiche Arbeit zu gleichen Bedingungen“ innerhalb eines Landes mit innovativen Konzepten zu verbinden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen war die Dienstleistungsrichtlinie in diesem Punkt falsch.

Es ist uns gelungen – das zeigt der Fortschrittsbericht –, in wesentlichen Feldern der Ökonomie weltweit präsent zu sein. Eine ganze Reihe von deutschen Unternehmen ist in Marktnischen erfolgreich und ist Weltmarktführer. Die Voraussetzung dafür sind qualifizierte Beschäftigte. Das Mitnehmen der Arbeitnehmer spielte in diesem Prozess eine ganz wichtige Rolle.

Deutschland hatte nach dem Fall der Mauer – wir alle begrüßen ihn –, nach dem Ende der Teilung Europas in Ost und West zwei Lasten zu tragen: Kosten im europäischen Prozess und Sonderbelastungen durch die deutsche **Wiedervereinigung**. Wären bei den Maastrichtkriterien die Sonderbelastungen einbezogen worden, hätte man nie von der Verletzung der Defizitkriterien sprechen können. Wir haben also eine doppelte Leistung erbringen müssen. Das hat natürlich Einfluss auf das Volumen der Mittel, die wir zur Verteilung und für Initiativen zur Verfügung haben.

- (B)

In den 16 Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung mussten hohe Aufwendungen erbracht werden; die Mittel wurden erfolgreich eingesetzt. Wir sollten im europäischen Ausland darstellen, dass Deutschland auf doppelte Weise belastet war und trotzdem erfolgreich den Weg vorangeschritten ist. Es gibt überhaupt keinen Grund, dieses Land in den Keller zu reden. Es gibt eine Kontinuität der Politik über die Jahre. Diese Koalition wird den Weg voranschreiten. Der Fortschrittsbericht zeigt sehr deutlich, dass Erfolge erreichbar sind, dass aber noch nicht jeder Schritt gegangen ist. Wir sollten diesen Weg in Europa gemeinsam weitergehen. Ich bin optimistisch, dass dies gelingt. Als größte Volkswirtschaft der Europäischen Union tragen wir eine besondere Verantwortung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun die Kollegin Ulla Lötzer für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Ulla Lötzer (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz aller Beschwörung der konjunkturellen Erholung durch Herrn Glos, Herrn Meyer und Frau Barnett müssen wir feststellen, dass die Europäische Union nach wie vor Nachzügler bei der wirtschaftlichen Entwicklung ist und nicht zum weltweit wettbewerbsfähigsten Raum geworden ist. Diese Entwicklung beruht maßgeblich auf der italienischen und deutschen Wirtschaftspolitik. Die Wachstumsrate Deutschlands in den letzten fünf Jahren war nicht einmal halb so hoch wie der Schnitt der 25 europäischen Staaten.

Ja, Kollegin Barnett, die Bundesregierung steht in einer besonderen Verantwortung für die europäische Entwicklung und dafür, hier eine Wende einzuleiten. Im Gegensatz zu Ihnen erkennen wir im vorgelegten Bericht und im Antrag keine Neuausrichtung.

Entscheidend für die im EU-Vergleich niedrige Wachstumsrate ist und bleibt die Binnenmarktschwäche. In Deutschland wurde der Anstieg des privaten Konsums auf ein Sechstel der durchschnittlichen EU-Rate gedrückt. Daran ändert die leichte konjunkturelle Erholung nichts. Auch im zweiten Quartal 2006 sank der **private Konsum** um 0,4 Prozent. Natürlich wird die geplante Mehrwertsteuererhöhung hier als Bremse wirken, Herr Glos. Sie muss deshalb dringend zurückgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Einer der Hauptgründe ist die **Entwicklung der Löhne und Gehälter** in Deutschland. Während die Reallöhne im Schnitt der 25 EU-Länder 2005 stiegen, sanken sie in Deutschland um 1,8 Prozent. Statt einer Wende steht 2006 eine Fortschreibung dieser Entwicklung bevor. Nach wie vor hinkt Deutschland bei der Lohnentwicklung in Europa hinterher. Nach wie vor hat Deutschland im Gegensatz zu 18 europäischen Nachbarstaaten keinen gesetzlichen Mindestlohn. Diese lohnpolitische Sonderrolle ermöglicht der deutschen Exportindustrie, ihre Marktanteile zulasten der europäischen Nachbarstaaten zu vergrößern. Dieser Faktor schafft allerdings erhebliche Ungleichgewichte in der EU. Dem sehen die europäischen Nachbarn nicht tatenlos zu. Trotzdem heißt es in Ihrem Programm – Herr Meyer hat das heute Morgen wieder gefordert –: Niedriglohnssektor ausbauen. Sie erhöhen die Gefahr eines europaweiten Absenkungswettlaufs um die niedrigsten Löhne und Gehälter. Das wird nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik weiter bremsen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns** ist auch aus europäischer Sicht längst überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme nun auf die **Unternehmensteuerreform** zu sprechen. Herr Meyer, schauen wir uns Ihre Forderungen vor dem Hintergrund der europäischen Entwick-

Ulla Lötzer

- (A) lung einmal genauer an. Nach Berechnungen der EU-Kommission liegt die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland entgegen der von Ihnen gebetsmühlenartig wiederholten Behauptung weit unter dem EU-Durchschnitt. Während die Steuern auf Vermögen und Unternehmenseinkommen im EU-Durchschnitt 8,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, sind es in Deutschland mickrige 5,6.

(Zuruf von der LINKEN: Hört! Hört!)

Es besteht also kein Anlass, im Namen der Wettbewerbsfähigkeit die Steuern weiter zu senken. Im Gegenteil: Es gibt genügend Spielraum, die Vermögensteuer wieder einzuführen und die Unternehmen endlich wieder an der Finanzierung der Gesellschaft zu beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Marktöffnung konzentrieren Sie sich auf die Fortschreibung der Energiemarktliberalisierung. Sie ignorieren dabei, dass die bisherige Liberalisierung zur Herausbildung marktbeherrschender Energiekonzerne geführt hat und dass sie eine der wesentlichen Ursachen für die gestiegenen Gewinne dieser Konzerne, aber vor allem auch für die gestiegenen Energiepreise für die Verbraucher ist. Deshalb brauchen wir einen Ausbau der Preiskontrolle und eine Besteuerung der Sonderprofite aus dem Emissionshandel. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Glos und Herr Brüderle, sagen wir: Die Strom- und Gasnetze sind in die öffentliche Hand zu überführen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Nach wie vor setzt die **europäische Energiepolitik** auf fossile Brennstoffe und Atomtechnologie. Nur 16 Prozent aller mittels Strukturfonds vergebenen öffentlichen Finanzhilfen entfallen auf erneuerbare Energien. Wo ist da der ausgewogene Energiemix, den Sie vorhin forderten, Herr Meyer? Auch hier ist endlich eine Wende durch konsequente Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien notwendig. Mit Ihrem Programm werden Sie die notwendige Kehrtwende allerdings nicht schaffen. Der Fokus ist verfehlt, ob alte oder neue Lissabonstrategie, ob nationale oder europäische Programme. Eine Wende muss im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft den sozialen und den ökologischen Strukturwandel in den Mittelpunkt rücken, damit der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger wirklich im Vordergrund der Lissabonstrategie steht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Thomas Bareiß für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland brummt – das war vor wenigen Tagen vom Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds in Singapur zu hören. Daran wird auch das

- Schlechttreden von Frau Lötzer und ihrer Fraktion nichts ändern. (C)

Wir haben vom Wirtschaftsminister vorhin gehört, dass der IWF für dieses Jahr 2 Prozent Zuwachs erwartet. Das sind 0,7 Prozentpunkte mehr, als noch im Frühjahr dieses Jahres erwartet wurden. Damit ist die **Konjunktur** in Deutschland, immerhin der größten Volkswirtschaft in Europa, endlich angesprungen und die fast schon zum Scheitern verurteilte Lissabonstrategie gewinnt an Fahrt. Das ist – das muss man heute auch einmal sagen – vor allem dem Vertrauen in die neue Bundesregierung unter Angela Merkel zu verdanken. Sie hat das Nationale Reformprogramm für den Zeitraum 2005 bis 2008 vorgelegt und damit einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der Lissabonstrategie geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein wichtiger Bestandteil ist dabei gerade für Deutschland als Exportnation der **gemeinsame europäische Binnenmarkt**. Die Europäische Kommission schätzt, dass der Binnenmarkt seit 1993 zu 2,5 Millionen Arbeitsplätzen und einem zusätzlichen Bruttoinlandsprodukt von 877 Milliarden Euro geführt hat. Die Europäische Union ist heute ein Vorbild für viele Regionen. Sie bringt Vorteile, die für alle spürbar sind. Der vergrößerte Markt bedeutet eine Zunahme des Wettbewerbs, einen stärkeren Innovationsdruck, höheres Wachstum, mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze. Ich sage gerade für die CDU/CSU-Fraktion: Wir stehen in besonderer Weise für mehr **Wettbewerb** und für mehr **Wachstum**.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Beispiel für den greifbaren, auch im Geldbeutel spürbaren Nutzen des gemeinsamen Binnenmarkts ist die **Liberalisierung der Telekommunikation**, die vorhin schon angesprochen wurde. Das Ergebnis sind deutliche Preissenkungen. Aber Mobilfunknutzer im europäischen Ausland bezahlen bisher immer noch erhöhte Preise für Telefongespräche. Die Roaminggebühren sind im Durchschnitt mehr als fünfmal höher als die tatsächlichen Kosten für die Netzbetreiber. Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Kommission im Juli einen neuen Verordnungsentwurf vorgelegt hat, wonach die Tarife für Mobilfunkgespräche im Ausland um bis zu 70 Prozent gesenkt werden. Das ist ein Beispiel dafür, dass Europa funktionieren kann und auch für den Menschen greifbare Erfolge hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Trotz dieser und anderer Erfolge stehen die Menschen der Europäischen Union misstrauisch gegenüber. Es gibt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in Europa ein Unbehagen gegenüber der EU. Es muss unser aller Anliegen sein, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in Europa haben. Ich habe den Eindruck, dass bei der Europäischen Kommission die Tendenz herrscht, das bisher vielfach mangelnde Engagement der Mitgliedstaaten durch zentrale Kontrolle zu fördern, geradezu durch nicht mehr nachvollziehbare Bevormundung zu ersetzen. Das ist nach meiner Überzeugung der falsche Weg.

(D)

Thomas Bareiß

- (A) Ein Beispiel für die Gefahr von Fehlentwicklungen sehe ich in den gegenwärtigen Verhandlungen über die Erhaltung des **Namensrechts der Sparkassen**. Ich bin der festen Überzeugung, dass das für Deutschland wichtige dreigliedrige Bankensystem erhalten bleiben muss. Ohne Frage, das Nebeneinander von Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen ist einzigartig in der EU. Aber gerade weil es über 50 Jahre auch ein Garant unseres wirtschaftlichen Erfolges war, dürfen wir das jetzt nicht einer Überregulierung durch die Kommission preisgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb unterstützen wir auch nachdrücklich die Bemühungen von Bundeskanzlerin und Bundesfinanzminister, in Brüssel die Interessen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Verbraucher zu vertreten.

Die Bundesregierung leistet bereits ihren Beitrag zur Umsetzung der Lissabonstrategie. Ich möchte hier nur einige wenige Punkte nennen. Der erste und ein wichtiger Punkt ist die **Haushaltskonsolidierung**. Auch wenn es anscheinend hier im Haus von vielen nicht als eine politische Verpflichtung angesehen wird – ich halte es vor allem für eine moralische Verpflichtung, die Maastrichtkriterien einzuhalten. Ich bin froh, dass wir es jetzt nach vier Jahren geschafft haben, den **EU-Stabilitäts пакт** wieder einzuhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

- (B) Zweiter Punkt. Bei der **Unternehmensteuerreform** würde uns manchmal ein Blick ins benachbarte EU-Ausland guttun. Die Bundesregierung muss eine Unternehmensteuerreform in Gang setzen, die die Attraktivität des Standorts Deutschland deutlich erhöhen wird. Die Steuersätze für Unternehmen sind derzeit international nicht mehr konkurrenzfähig.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir alle wissen, dass wir auf einen Steuersatz von unter 30 Prozent kommen müssen. Ich sage aber auch ganz klar: Nicht nur die Steuersätze, sondern auch die Steuer-systematik muss eine wichtige Rolle spielen.

Dritter Punkt. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen hat Deutschland eine enorm große Verantwortung. Die **Mittelstandsinitiative**, die die Bundesregierung im Juli 2006 im Kabinett auf den Weg gebracht hat, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie eröffnet dem Mittelstand neue Perspektiven und nutzt das große Potenzial mittelständischer Unternehmen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind und waren Garant unseres wirtschaftlichen Erfolges. Daher müssen sie zukünftig verstärkt auch in der Nachhaltigkeitsstrategie und im Lissabonprozess eine Rolle spielen.

Als letzten und schwierigsten Punkt möchte ich den **Umbau der Sozialversicherungssysteme** nennen. Die Lissabonstrategie und das damit verbundene Nationale Reformprogramm zeigen, dass wir in Deutschland noch Hausaufgaben vor uns haben. Die freien Reserven der Pflegeversicherung beispielsweise werden spätestens im

Jahr 2008 aufgebraucht sein. Deshalb brauchen wir gerade für die jüngere Generation eine grundlegende Struktur- und Finanzreform. In diesem Punkt trägt die große Koalition eine ganz wichtige Verantwortung. (C)

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Macht doch mal was aus der Verantwortung!)

Angesichts der demografischen Entwicklung muss die Umlagefinanzierung um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzt werden. Nur so lassen sich auch in Zukunft eine menschenwürdige Pflege bezahlen, die Lohnnebenkosten stabil halten sowie Wachstum und Arbeitsplätze in unserem Land sichern.

Deutschland übernimmt am 1. Januar 2007 – das wurde schon angesprochen – die europäische Ratspräsidentschaft. Darin liegt eine große Chance für Deutschland und für Europa. Ich würde mir wünschen, dass unsere Bundesregierung innerhalb der Europäischen Union eine Führungsrolle übernimmt

(Dr. Karl Addicks [FDP]: Machen Sie doch! Sie sind doch die Regierung!)

und die Ziele der Lissabonstrategie kontinuierlich weiterentwickelt. Wir brauchen eine Lissabonstrategie mit klar definierten und erreichbaren Zielen. Der Bürger muss erkennen, welche Chancen mit diesem Prozess verbunden sind.

Wenn Europa neben China und Indien in der Welt zukünftig noch eine wichtige wirtschaftliche Rolle spielen will, darf die Lissabonstrategie nicht bei leeren Worthüllen und bloßen Absichtserklärungen stehen bleiben. Europa kann erfolgreich sein, wenn wir diese Herausforderung gemeinsam angehen. Deshalb wird die CDU/CSU-Fraktion den Prozess der Lissabonstrategie kritisch begleiten und konstruktiv unterstützen. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Bareiß, das war Ihre erste Rede in diesem Haus. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich dazu und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

(Beifall)

Nun hat das Wort die Kollegin Katja Mast für die Fraktion der SPD.

Katja Mast (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor großen Herausforderungen, die alle unter das Schlagwort „demografischer Wandel“ fallen. Es werden weniger Kinder geboren und die Bevölkerung wird älter. Das ist eine Chance für Deutschland. Wir können die Generationenfrage neu stellen. Wir können die Generationen neu zusammenbringen.

Der **demografische Wandel** zwingt uns bereits heute, entscheidende Weichen zu stellen. Wir brauchen Fachkräfte. Deshalb dürfen wir es uns schon heute nicht mehr

Katja Mast

- (A) leisten, ältere Arbeitnehmer zu früh aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu lassen

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

und das Erwerbspotenzial von Frauen ungenutzt zu lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Außerdem müssen wir unsere sozialen Sicherungssysteme demografiefest machen.

Mit diesen Herausforderungen steht Deutschland nicht allein da. Der demografische Wandel zeigt seine Spuren in allen europäischen Ländern.

Im Jahr 2000 haben sich auch deshalb die EU-Mitgliedstaaten auf die Lissabonstrategie verständigt. In ihr wurden konkrete Ziele vereinbart. Das ist auch das qualitativ Neue an dieser Strategie: „Führen durch Ziele“, wie es in Unternehmen üblich ist, nicht „Führen über Instrumente“, wie Herr Brüderle es hier gefordert hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Welche Ziele gibt es für den deutschen Arbeitsmarkt? „50, 60, 70“ lautet die Zauberformel. Das sind handfeste **arbeitsmarktpolitische Ziele** für das Jahr 2010.

- 50: Wir wollen eine Beschäftigungsquote von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von 50 Prozent erreichen. Hierbei haben wir seit 2000 eine Steigerung von 37,5 Prozent auf 45,4 Prozent erreicht.

- (B) 60: Wir wollen die Erwerbsbeteiligung von Frauen auf 60 Prozent steigern. Hierbei stehen wir mit 59,6 Prozent schon ganz gut da.

70: Wir wollen die Erwerbsbeteiligung unserer gesamten Bevölkerung auf 70 Prozent erhöhen. Sie liegt heute bei ungefähr 65 Prozent.

Wir haben diese Ziele noch nicht ganz erreicht. Wir haben aber auch noch vier Jahre Zeit und wir sind auf einem guten Weg.

(Zuruf von der FDP: Sehr optimistisch!)

Es geht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur darum, diese Ziele einfach abzuarbeiten. Wir wollen mehr und bessere Arbeitsplätze, weil nur durch Beschäftigung Teilhabe am öffentlichen Leben möglich ist. Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat, der Chancen eröffnet.

Im Übrigen, wenn wir schon bei den Entwicklungen am Arbeitsmarkt sind: Wir haben es geschafft, dass in Deutschland die **Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** erstmals seit Jahren wieder zunimmt. Im letzten Monat waren es 130 000 Arbeitsplätze mehr als im Jahr davor. Das ist ein Plus von 0,5 Prozent. Die **Zahl der Arbeitslosen** ist sogar um 426 000 gesunken. Das ist eine knappe halbe Million. Das hätte vor einem Jahr – Sie erinnern sich, wir waren alle im Wahlkampf – keiner gedacht. Das ist das Resultat der größten Arbeitsmarktreform aller Zeiten.

Für mehr Beschäftigung haben wir im Koalitionsvertrag eine solide Grundlage geschaffen. Aber gerade auch die rot-grüne Regierung hat mit der **Agenda 2010** sehr mutige Reformen auf die Schiene gesetzt und die Grundlage für unsere heutigen Erfolge gelegt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für mich stellt sich die Frage: Wie haben wir das erreicht? Da wir das alle gerne schnell vergessen, rufe ich es mit vier Beispielen in unser Gedächtnis zurück:

Erstens. Die **Frauenerwerbsquote** steigerten wir durch unsere Strategie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: im Jahr 2000 durch das Teilzeit- und Befristungsgesetz. 2003 haben wir durch das 4-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm im Bereich der Ganztagschulen eine kleine Revolution in Deutschland hervorgerufen. 2004 haben wir das Tagesbetreuungsausbaugesetz verabschiedet. Es gibt heute mehr Plätze für unsere Kleinen.

Lassen Sie mich in die Zukunft schauen. Die Einführung des Elterngeldes 2007 steht für einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik.

Zweitens. Rente, Bevölkerungsentwicklung und Staatshaushalt in Einklang bringen – auch das haben wir vorangetrieben. 2001 haben wir die **private Altersvorsorge** gestärkt. Mit einem mutigen Schritt haben wir die Riesterreute eingeführt. Seit 2004 gibt es den Nachhaltigkeitsfaktor in der Rente. Im Koalitionsvertrag haben wir die Beitragsstabilität vereinbart. Mit der Rente ab 67 – darauf gehe ich später ein – machen wir die Rente demografiefest.

Drittens. Natürlich, Frau Dückert, kann es uns nicht nur darum gehen, bestehende Jobs zu erhalten; vielmehr wollen wir die Schwarzarbeit zurückdrängen. Deshalb fördern wir **private Haushalte als Arbeitgeber**: Durch steuerliche Begünstigung werden sie gestärkt. Man kann nun Handwerkerrechnungen, Pflege- und Kinderbetreuungskosten besser oder teilweise erstmals steuerlich absetzen. Mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm machen wir genau dasselbe; denn wir stärken damit das lokale Handwerk und die lokalen Arbeitsplätze. Mit dem 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm stärken wir im Übrigen die Binnennachfrage.

Viertens. Wir haben die **Beschäftigungsquote von Älteren** erhöht. Mit welchen Schritten? 2002 haben wir die Frühverrentung abgeschafft. Auch das ist eine Tatsache, die nicht in allen Köpfen verankert ist. Arbeitsmarktpolitik findet aber auch vor Ort statt. Seit 2005 fördern wir deshalb regionale Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer. Das Spektrum ist bunt. In meiner Heimat Pforzheim und im Enzkreis in Baden-Württemberg nutzen wir die Kompetenz von erfahrenen Arbeitnehmern als „Silverstars“. Sie beraten Hauptschüler bei der Berufswahl, arbeiten in einem Kompetenzzentrum und generieren neue Geschäftsideen im Ideenbüro. Lokale Akteure wissen besser als wir hier in Berlin, was sie brauchen und wie sie Ältere in Jobs bringen. Ich bin gespannt auf die Vermittlungsergebnisse dieser Projekte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katja Mast

- (A) Wir haben im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den letzten Jahren sehr viel erreicht. Aber wir sind noch nicht fertig. Wir dürfen uns jetzt nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen; denn trotz unserer Veränderungen verbessert sich die Situation nicht von heute auf morgen. Gerade weil wir öffentlich viel zu selten über die Situation von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern reden, will ich heute ihre Situation betrachten. Häufig bewerben sich arbeitslose Ältere gar nicht mehr auf einen Job; denn sie glauben, sie werden sowieso nicht mehr berücksichtigt. Ein Mentalitätswandel ist notwendig. Aber nicht nur bei den Älteren, sondern auch bei den Arbeitgebern ist dieser Mentalitätswandel notwendig. Es hält sich bei Neueinstellungen Älterer hartnäckig das Vorurteil, dass sie sich nicht weiterbilden, unflexibel seien und einen überdimensionierten Kündigungsschutz hätten. Das stimmt so nicht. Einige Unternehmen haben das auch schon festgestellt.

Lassen Sie mich noch mal zurück zu den Möglichkeiten der Politik kommen. Mit der **Initiative „50 plus“** haben wir eine umfassende Strategie entwickelt, die zwei Ziele hat: erstens ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben zu halten und zweitens ältere Arbeitslose schneller wieder in Beschäftigung zu bringen. Für beide Zielsetzungen bündeln wir die Instrumente in der Initiative „50 plus“. Mit Fördermöglichkeiten bei der Weiterbildung erhöhen wir die Beschäftigungsfähigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Finanzielle Anreize wie Kombilöhne oder Eingliederungszuschüsse fördern die Einstellungen Älterer.

Wenn ich hier über Arbeitsmarktpolitik für ältere Arbeitnehmer rede, so kann und will ich das Thema **Rente** nicht aussparen. In den 60er-Jahren hat ein Rentner in der Regel 9,5 Jahre Rente bezogen, heute sind es 17 Jahre. Die Menschen werden älter und sind zum Glück auch länger gesund. Um die Rente auch für künftige Generationen zu erhalten, müssen wir auf diese Entwicklung reagieren. Mit der schrittweisen **Erhöhung des Eintrittsalters auf 67 Jahre** geht es also darum, dass auch die Enkel der heutigen Rentner am Generationenvertrag festhalten wollen. Erst die heute 42-Jährigen werden davon voll betroffen sein. Das ist eine Lösung auf dem Weg, die Generationen neu zusammenzubringen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Lissabonstrategie wird von uns umgesetzt, weil wir mehr Teilhabe wollen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Umbau der sozialen Sicherungssysteme, das Erschließen neuer Beschäftigungspotenziale und die Beschäftigungsfähigkeit Älterer stehen hierbei exemplarisch für unser Verständnis vom **vorsorgenden Sozialstaat**, der Chancen eröffnet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen (C) auf den Drucksachen 16/2467 und 16/2622 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen.

Die Vorlage auf Drucksache 16/2629 zu Tagesordnungspunkt 6 a soll an dieselben Ausschüsse wie die Vorlage auf Drucksache 16/2467 – das betrifft den Tagesordnungspunkt 6 b – und zusätzlich an den Auswärtigen Ausschuss, an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, an den Ausschuss für Arbeit und Soziales, an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

(D)